NIEMALS VERGESSEN!

NOVEMBERPOGROM 1938 IN WIEN

Broschüre zum antifaschistischen Gedenkrundgang am 7.11.2021 Wien, 8. Bezirk, Josefstadt

www.gedenkrundgang.org

Cover: Synagoge Neudeggergasse;
Rendering: Katharina Wolf Artuum Architecture
siehe Seite 49

INHALT

Stationen des antifaschistischen Gedenkrundgangs sind mit Zahlen gekennzeichnet

Novemberpogrom 1938 **Seite 04**

1 Jüdisches Leben in der Josefstadt **Seite 06**

Jüdische Architekt_innen **Seite 12**

2 Ilse Arlt - Pionierin der Sozialarbeit und die „Vereinigten Fachkurse für Volkspflege“ **Seite 14**

Verfolgung und Ausgrenzung jüdischer Kinder und Jugendlicher **Seite 16**

3 „Zuerst ignoriert, dann vergessen“ - Die Josefstädter Künstlerin Marianne Saxl-Deutsch **Seite 22**

4 Das Theater in der Josefstadt **Seite 26**

5 Familie Löhner - Lange Gasse 46 **Seite 32**

6 Hugo Bettauer - Kontinuitäten des Antisemitismus **Seite 41**

7 Synagoge – Neudeggergasse 12 **Seite 49**

Antisemitismus heute **Seite 56**

Weiterführende Informationen und Hinweise **Seite 57**

Das Novemberpogrom in Wien 1938

Am 7. November 1938 verübte der 17-jährige Herschel Grynszpan, dessen Familie ins Niemandsland zwischen dem „Deutschen Reich“ und Polen abgeschoben worden war, in Paris ein verzweifeltes Attentat auf den deutschen Diplomaten Ernst Eduard vom Rath. Zwei Tage später erlag dieser seinen Verletzungen. „Die SA soll sich mal austoben“, war angeblich Hitlers Reaktion. Goebbels gab diese Anweisung noch am selben Abend in einer Hetzrede an die Partei- und SA-Führung weiter. Die Untergebenen verstanden genau: Es sollten flächendeckende Demonstrationen und gewaltsame Aktionen organisiert werden, ohne dass die NSDAP nach außen als Urheberin auftrat. Mittels Telefonaten und Telegrammen wurde also im ganzen „Deutschen Reich“ der „spontane Volkszorn“ organisiert – und das „Volk“ schloss sich den antisemitischen Ausschreitungen nur zu gerne an. Noch in den frühen Morgenstunden des 10. November wurden auch Polizei und SS eingeschaltet, um (v.a. wohlhabende, wie in unverhüllter Bereicherungsabsicht angeordnet) Juden zu verhaften, Wohnungen und Geschäfte zu beschlagnahmen und Synagogen und Bethäuser zu zerstören. Das Pogrom, das in Wien mehrere Tage dauerte, war weder spontan noch einzigartig. Gerade in Wien reiht es sich in den andauernden Terror gegen Jüdinnen und Juden ein, der bereits seit dem sogenannten Anschluss tobte. Anschläge auf Synagogen und Wohnhäuser, Gewalttaten gegen Einzelne, organisierte Verhaftungen von tausenden Personen und Deportationen – das alles gehörte bereits zum schrecklichen Alltag der Verfolgten. Die Berichte der Täter_innen lassen die Reichweite und Brutalität des Antisemitismus erahnen. So berichtet etwa der Führer des SD-Unterabschnitts Wien über das Novemberpogrom: „Mitleid mit dem Los der Juden wurde fast nirgends laut und wo sich ein solches dennoch schüchtern an die Oberfläche wagte, wurde diesem von der Menge sofort energisch entgegengetreten, einige allzu große Judenfreunde wurden festgenommen.“ Die antisemitischen Ausschreitungen betrafen die ganze Stadt und viele weitere Orte im ganzen Land – im Gebiet des „Deutschen Reiches“ wurden alleine in den wenigen Tagen vom 7. bis zum 13. November etwa 400 Menschen ermordet oder in den Selbstmord getrieben. NS-Dokumente lassen für Wien auf mehrere Dutzend Ermordete, etwa 50 Selbstmorde und auf zwischen 6.500 und 7.800 Festnahmen schließen. Die meisten Verhafteten waren Männer, vermutlich wurden aber auch hunderte Frauen verhaftet. 3.700 verhaftete jüdische Männer wurden in das Konzentrationslager Dachau deportiert. In der Stadt wurden mehr als 4.000 Geschäfte geplündert, zerstört und dann gesperrt, an die 2.000 Wohnungen geraubt und 42 Synagogen und Bethäuser in Brand gesetzt. Die restlichen der insgesamt 96 jüdischen Gotteshäuser in Wien wurden fast ausnahmslos geplündert und verwüstet. Ob in einem Bezirk viele Juden und Jüdinnen lebten oder nicht war für die Verfolgung unerheblich – auch in der Josefstadt wurden Wohnungen, Geschäfte und die Synagoge zur Zielscheibe. Auch hier glitzerten die Splitter zerschlagener Auslagenscheiben und ließen die Nazis höhnisch von „Reichskristallnacht“ sprechen.

Nach dem Novemberpogrom wurden Diskriminierung, Enteignung und Vertreibung systematisch fortgeführt und der jüdischen Bevölkerung endgültig die Existenzgrundlage entzogen. Noch am 12. November 1938 erfolgte das Verbot, ein selbständiges kaufmännisches Unternehmen oder Handwerk zu betreiben und die Verpflichtung zur „Sühneleistung“ für das Pariser Attentat sowie die Beseitigung der Schäden des Pogroms. Am 3. Dezember folgte die Verordnung zur „Arisierung“ noch bestehender jüdischer Betriebe und zum Entzug von Grundbesitz, Geldvermögen und Wertpapieren. Im Februar 1939 mussten Wertgegenstände (Edelmetalle, Edelsteine, Perlen) abgeliefert werden und im April desselben Jahres verloren jüdische Mieter_innen jeden Schutz. Damit begann die Ghettoisierung der mittellos gewordenen jüdischen Bevölkerung, die schließlich mit den Deportationen in die Vernichtung endete. Das Novemberpogrom war ein grausamer Höhepunkt in der Geschichte antisemitischer Diskriminierung und Verfolgung, die lange vor 1938 ihren Anfang nahm und 1945 mitnichten beendet war.

Wir wollen mit unserem Rundgang daran erinnern, dass die Gewalttaten des Novemberpogroms hier stattfanden, in Wien, auf den Straßen, in den Wohnungen, Synagogen, Geschäften und öffentlichen Einrichtungen. Wir können lediglich auf einzelne Schicksale eingehen, doch hoffen wir, dass die Verfolgung durch den Bezug auf konkrete Orte ein wenig fassbarer wird – auch wenn das schiere Ausmaß dieser Verbindung von Systematik und Brutalität unfassbar bleibt.

1

Jüdisches Leben in der Josefstadt

Im achten Bezirk gibt es insgesamt 177 verlegte Steine der Erinnerung und einige wenige Gedenktafeln, die an die jüdischen Bewohner*innen erinnern, die in den Jahren des NS-Regimes ermordet oder vertrieben wurden.

Der heutige achte Bezirk, der kleinste Wiens, wurde aus Angst vor Belagerungen und Angriffen erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts dichter besiedelt. Sommerhäuser mit großen Gärten wurden in der bis dahin dünn besiedelten Vorstadt für reiche Adelige angelegt. Einer dieser Gärten in der Nähe des heutigen Schönbornpark war von Salomon Oppenheimer angemietet, seine ebenfalls gemietete Wohnung befand sich am Bauernmarkt 1. Oppenheimer, der sich als Jude in seiner Position als Hoffaktor, also als Geldgeber für kaiserliche Kriegszüge, 1675 in Wien ansiedeln durfte, hatte als Jude kein Recht auf Grundbesitz. Im Toleranzpatent wurde 1782 das Wohnrecht für Juden auch auf die Vorstädte ausgedehnt. Ab 1849 durften Juden auch Haus und Grund besitzen, was jedoch zwei Jahre später wieder eingeschränkt wurde.

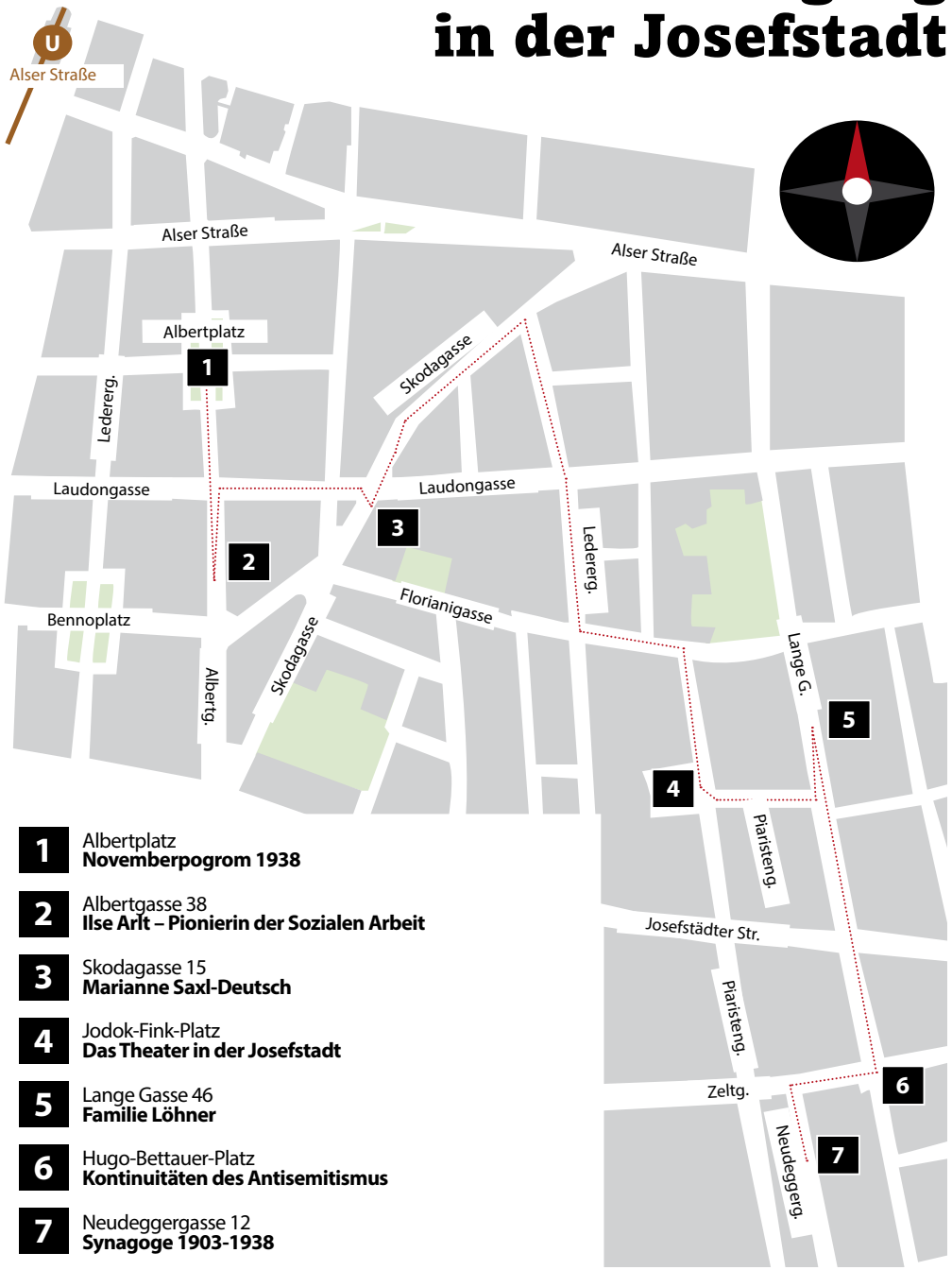
Durch das Staatsgrundgesetz waren 1867 endlich alle Bürger der habsburgischen Monarchie im damaligen Sinne gleichberechtigt. Nun wurde die „Israelitische Religionsgemeinde“ offiziell anerkannt und auch das Recht auf Grundbesitz war gesetzlich verankert. Der Josefstädter Minjanverein konnte 1871 ein Eckhaus in der Florianigasse/Fuhrmannsgasse als Bethaus mieten. Die Zahl der Jüdinnen und Juden in der Josefstadt war zwischen 1857 und 1900 von 397 auf 2945 angestiegen. Das Bethaus wurde allmählich zu klein, daher erwarb der Tempelbauverein 1895 ein Grundstück in der Neudeggergasse für einen Tempelneubau. Im Jahre 1903 wurde die Synagoge feierlich eröffnet.

In den frühen Morgenstunden des 10. November 1938 wurde die vorher geplünderte Synagoge in Brand gesteckt. In Wien hatten die SS-Standarten II und 89 den Befehl zur Zerstörung jüdischer religiöser Einrichtungen erhalten. Beide Standarten brüsteten sich damit, die Synagoge in der Neudeggergasse, wie auch jene in der Stumpergasse und der Turnergasse vollständig zerstört zu haben.

Insgesamt wurden in Wien am 9. und 10 November 1938, 42 jüdische Andachtsstätten zerstört, 1950 Wohnungen geräumt und 4083 Geschäfte zerstört. Von mehr als 6000 jüdischen Bewohner*innen der Josefstadt wurden etwa 1985 Opfer der Shoah, die anderen großteils vertrieben.

Laut Volkszählung lebten im Jahr 2001 156 Personen jüdischer Religion in der Josefstadt. Mit Stand 2018 gibt es 16 Synagogen und Bethäuser in Wien, aber keines davon befindet sich in der Josefstadt.

Gedenkrundgang in der Josefstadt



1 Albertplatz
Novemberpogrom 1938

2 Albertgasse 38
Ilse Arlt – Pionierin der Sozialen Arbeit

3 Skodagasse 15
Marianne Saxl-Deutsch

4 Jodok-Fink-Platz
Das Theater in der Josefstadt

5 Lange Gasse 46
Familie Löhner

6 Hugo-Bettauer-Platz
Kontinuitäten des Antisemitismus

7 Neudeggergasse 12
Synagoge 1903-1938

Um die vorletzte Jahrhundertwende wuchs die jüdische Bevölkerung in Wien stark an. 1934 lebten 5841 Juden und Jüdinnen, im achten Bezirk, der immer schon ein bürgerlicher Wohnbezirk war. Durch die Nähe zum Rathaus und den Ministerien in der Inneren Stadt wohnten hier vor allem Beamte und Angestellte, aber auch Fabrikanten aus dem angrenzenden 7. Bezirk, die hier ihre Wohnungen hatten. Weiters die Gewerbetreibenden der Cafés und Kinos, und schließlich Theaterleute des Theaters in der Josefstadt und des heute nicht mehr existierenden Stadttheaters. Die Mieten waren auch damals schon höher, als außerhalb der Linie, dem heutigen Gürtel.

Der achte Bezirk war auch Sitz von zwei jüdischen akademischen Verbindungen.

Die **studentische Verbindung Kadimah**, (dt.: nach Osten, vorwärts) befand sich zwischen 1905 und 1908 in der Lange Gasse 14. Die Kadimah enstand als erste jüdische Studentenverbindung 1882-83, in Reaktion auf den wachsenden Antisemitismus und den Ausschluss von Juden aus Studentenverbindungen. Sie vertrat die Ziele des Zionismus und strebte die Bildung eines jüdischen Staates in Palästina an. Im Jahr 1896 als Theodor Herzl seine Schrift „Der Judenstaat“ veröffentlichte, sah sich die Kadimah, die sich im selben Jahr als schlagende Verbindung deklariert hatte, als loyale Kadertruppe ihres Ehrenmitglieds Herzl. 1938 wurde die Kadimah von den Nationalsozialisten aufgelöst. Weitere Mitglieder waren, Sigmund Freud (ebenfalls als Ehrenmitglied) und Fritz Löhner-Beda.

Die **Jüdische Akademische Verbindung Unitas** befand sich zwischen 1913-1920 in der Auerspergstraße 21. Die Unitas wurde schon 1894 von einem ehemaligen Kadimahner als jüdisch nationale schlagende Verbindung gegründet. Sie wurde ebenfalls 1938 aufgelöst. Berühmte Mitglieder waren der in der Josefstadt aufgewachsene Verleger Lord George Weidenfeld sowie der Schriftsteller Arthur Koestler.

Aber auch der **Antisemitenbund**, gegründet 1919, als Sammelbewegung von Christlichsozialen und Deutschnationalen mit Sitz in Gersthof, später in Salzburg, hatte ein Büro in der Josefsgasse 4-6. Im Mai 1921 wurde mit einem Artikel in der Reichspost „Die Anlage eines Judenkatasters für Wien“ gefordert. Darin wurde die Bevölkerung dazu aufgerufen, in einer „Hausliste“ genaueste Angaben über die jüdischen Bewohner*innen ihres Wohnhauses zu machen. Dazu zählte nach Adresse, Name und Beruf auch die Auskunft über das Herkunftsland, die Größe der Wohnung und eventuelle Vorstrafen. Nach dem Verbot der Nationalsozialisten in Österreich war der Antisemitenbund Plattform und Tarnorganisation für illegale Nazis.

Geschäfte und Wohnungen von Jüdinnen und Juden wurden auch in der Josefstadt kurz nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten enteignet und an besonders regimetreue Personen vergeben.

Tina Walzer und Stephan Templ nennen dazu die Kaiser Josef Apotheke in der Alserstraße 51, das Cafe Josefstadt, in der Josefstädterstraße 21 und das Cafe Maria Treu, in der Piaristengasse 52. Das Arkaden Kino in der Alser Straße 23 und das Palast Kino in der Josefstädterstraße 43/45, und die Schlösselgarage in der Schlösselgasse 2.

Das **Palast Kino Josefstädterstraße 43/45** wurde unter dem Namen „Hello-Palace Kinotheater“ angemeldet. Nach einigen Einwänden seitens der Behörden wurde es dann aber als „Palace- Grand- Kinotheater“ im Jänner 1914 von Katharina Fleischmann eröffnet, die es bis Jänner 1917 führte. Es verfügte zuerst über 706 später über

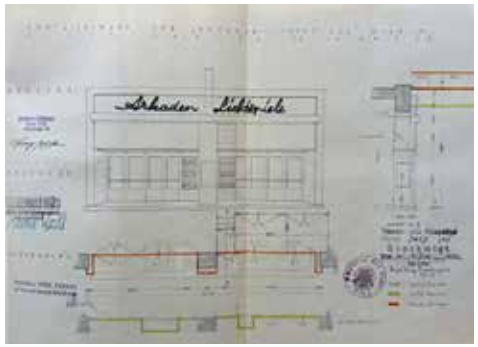
Veranstaltungsprogramme des Palastkinos

730 Sitzplätze. Im Ersten Weltkrieg war der englische Name des Kinos untragbar geworden und es hieß in der Öffentlichkeit nun Palast Kino oder Hello- Palast Kino. 1917 übernahm Bernhard Ticho das Kino samt Lizenz. Bernhard Ticho hatte mit seiner Frau Bertha fünf Kinder, die jüdische Familie stammte aus Brno. 1919 starb Bernhard Ticho und seine Witwe erhielt die Kino Lizenz. Ab 1920 führte die gemeinsame Tochter Selma, verheiratete Haas das Kino bis 1938 weiter. Sie ließ das Kino mit Podium und Orchestergraben umbauen und auf 799 Sitzplätze vergrößern, und 1930 folgte eine Lichttonapparatur. Selma wohnte mit ihrem Mann in der Josefstädter Straße 52/6.

Nach dem Anschluss 1938 wurde Selma Haas gezwungen, das Kino und die Lizenz zu verkaufen. Die Vermögensverkehrsstelle schlug das Kino dem SS-Untersturmführer Otto Modl und SS-Hauptscharführer Ferdinand Spitzka zu, als Wiedergutmachung für die Zeit als illegale Nazis. Der von der Familie verlangte Kaufpreis von 36.000 Reichsmark wurde mit der Begründung, der Betrieb sei überschuldet, nicht bezahlt und die Übergabe musste kostenlos erfolgen. Selma Haas wurde 1941 in das Ghetto von Lodz deportiert und dort ermordet. Ihr Mann starb 1938 im Krankenhaus. Ihre Schwester Paula konnte mit ihren Söhnen nach England emigrieren. Ihre Schwägerin Laura Ticho wurde 1942 nach Maly Trostinec deportiert und dort ermordet, deren beiden Söhne hießen Fritz und Franz, Fritz wurde 1939 in Nisko ermordet, Franz konnte 1939 nach Palästina auswandern. Der Bruder von Selma, Ernst Ticho, wurde 1943 in Auschwitz ermordet.

Nach dem Ende des NS-Regimes wurde das Kino 1945 von der sowjetischen Ortskommandatur beschlagnahmt. Schon im Juli 1945 wurde eine Freundin von Selma, Ethel Marschalek, als Verwalterin eingesetzt. 1948 wurde das Kino an die Schwester Paula restituiert, und in weiterer Folge wurden die Eigentumsanteile unter den Familienmitgliedern aufgeteilt. Das Kino wurde als OHG von Teilen der Familie bis zu seiner Schließung weitergeführt. Jetzt befindet sich im Erdgeschoß des ehemaligen Kinos ein Supermarkt.

Das **Arkaden Kino**, Alser Str. 23 wurde 1911 von Marie Heimrath eröffnet, es hatte 320 Sitzplätze, 1918 wurden Logen eingebaut. Der Privatier Otto Sattel übernahm 1920 das Kino samt Kinolizenz. Nach seinem Tod 1923 führte seine Witwe Olga Sattel das Kino weiter. Sie hatte vor dem Tod ihres Mannes 6 Jahre lang das Maxim Bio Kino im 2. Bezirk erfolgreich geführt, in den frühen 1930er Jahren wurde das Kino modernisiert und der Zuschauerraum auf 304 Sitzplätze erweitert.



Planzeichnung des Arkadenkinos

Bis März 1938 war Olga Sattel die Inhaberin des Kinos, im Dezember wurde es dem Bewerber Franz Pfister, Bezirksleiter der NSDAP in St. Pölten, zum Ankauf zugeschlagen. Von 1941 bis 1945 war er als Besitzer und Betreiber eingetragen. Olga Sattel wurde in das Ghetto von Izbica in Polen deportiert. Ihr Sohn Harry Sattel konnte in die USA emigrieren und befand sich 1946 mit den US Streitkräften in Frankfurt. Seine Mutter wurde nach Kriegsende vom Wiener Landesgericht für tot erklärt, da sie nicht aus Izbica zurückgekehrt war. Für die Verwaltung des Kinos wurde von 1945-47 Maria Ullmann von der amerikanischen Property Control eingesetzt. Harry Sattel machte 1947 Rückstellungsansprüche geltend, dem ein Jahr später stattgegeben wurde. Er fuhr 1947 wieder in die USA zurück, um seine Angelegenheiten zu regeln, um danach wieder nach Wien zurückzukehren. Laut eines Aktenvermerks befand sich Harry Sattel 1951 noch in den USA.

Der Profiteur Franz Pfister befand sich bis 1947 in Haft, in dieser Zeit beantragte seine Frau Anna Pfister Unterhaltszahlungen aus den Erträgen des einst „arisierten“ Kinos. Dem Einspruch Harry Sattels wurde nicht stattgegeben, er wurde zu den Zahlungen an die Profiteure verpflichtet, woraufhin Sattel Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof einlegte.

Mehr als die Hälfte der Wiener Kinos wurde von den Nationalsozialisten enteignet. Die Profiteure waren meist in den Jahren 1934-1938 als illegale Nazis agierende Personen. Auf Anweisung aus Berlin sollten die Wiener Kinos zu Propagandazwecken der Ostmärkischen Filmtheater Ges.m.b.H. einverleibt werden. Die Vermögensverkehrsstelle lehnte das jedoch ab, sie betrieb die Enteignung der jüdischen Kinobesitzer*innen als „Sozialprogramm“. Besonders jene Nationalsozialisten, die 1934 beim „Juliputsch“ dabei waren, wurden bei der Vergabe bevorzugt. Auch bei der Vergabe von Tabaktrafiken fand dieses Prinzip Anwendung.

Schlösselgarage, Schlösselgasse 21 Der Eigentümer war Karl Nathansky, der Profiteur war Hans Muschik, der seit 1933 Mitglied der NSDAP und SS-Hauptscharführer war, außer der Garage wurde ihm für seine Verdienste auch eine Wohnung im dritten Bezirk zugewiesen.

Wohnung und Rechtsanwaltskanzlei Arnold Eisler, Skodagasse 1 Adolf Schärf, der spätere Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei und Bundespräsident von 1957 bis 1965, zog im Herbst 1938 in die Wohnung seines Anwaltskollegen Arnold Eisler ein. Eisler wurde bereits am 19. März 1938 inhaftiert aber am 29. Juni wieder entlassen. Um ihre Emigration vorzubereiten waren er und seine Frau gezwungen die Wohnung und die Kanzlei aufzugeben. Für die Bezahlung der „Reichsfluchtsteuer“ und weiteren offenen Steuern und Transportkosten war das gesamte Vermögen des Ehepaares aufgebraucht worden. Nahezu mittellos gelang Eisler und seiner Frau dennoch die Flucht nach Frankreich und von dort nach New York, wo er Vorsitzender der „Sozialisten Österreichs in Amerika“ war. Arnold Eisler war von 1919 bis zum Februar 1934 für die Sozialdemokraten im Nationalrat. Nach 1945 versuchte er vergeblich in die Politik zurückzukehren.

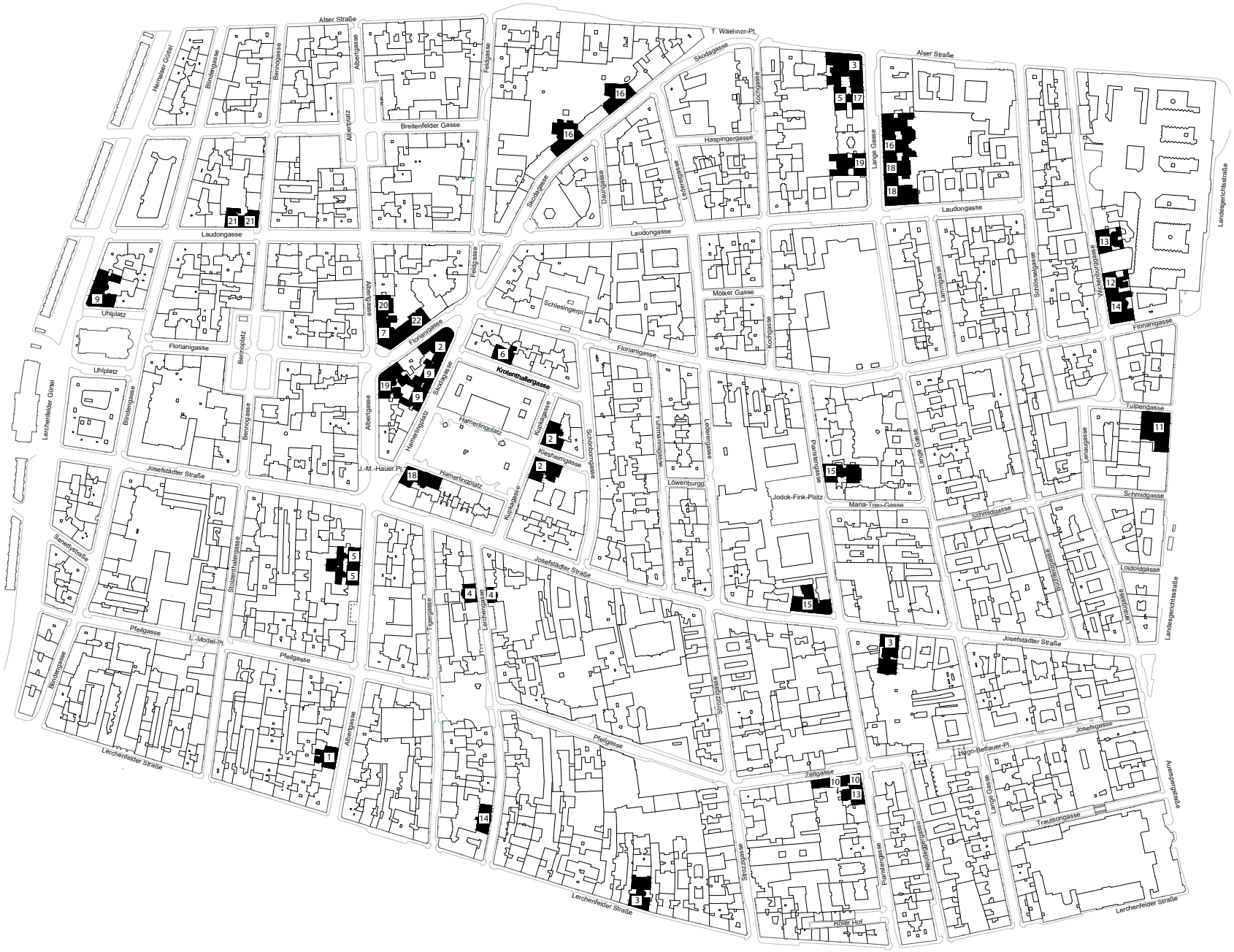
Adolf Schärf übernahm die Wohnung und auch die Anwaltskanzlei von Eisler, aber nicht dessen Klienten. Schärf vertrat beispielsweise den SS-Mann Erich Loos in dessen „Arisierungsbemühungen“ zugunsten von Loos. Am Haus Skodagasse 1 befindet sich eine Gedenktafel für Adolf Schärf, eine Gedenktafel für Adolf Eisler fehlt bis heute.

Josef Kende, Buchhändler Josef Kende wohnte in der Lerchenfelder Straße 8. Er führte eine Buchhandlung in der Teinfaltstraße 9 bis er 1932 die Buchhandlung Halm&Goldmann am Opernring 17 übernahm. 1933 nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland flüchteten viele deutsche Intellektuelle nach Österreich. Die Buchhandlung Josef Kendes wurde zu einer Anlaufstelle exilierter Schriftsteller, die ihren Widerstand gegen das NS-Regime weiterhin ausdrückten und dabei von Kende unterstützt wurden. Als ehemaliger Offizier und Katholik rechnete er nicht mit einer Verhaftung. Unter den Angestellten seiner Buchhandlung befanden sich jedoch illegale Nationalsozialisten die ihn wohl denunzierten, denn der 70-jährige wurde am schon am 14.3. 1938 festgenommen und am 2. April nach Dachau deportiert. Seine Frau Isolde bemühte sich verzweifelt um seine Freilassung. Noch aus dem KZ Dachau versuchte er die Buchhandlung an seine Frau überschreiben zu lassen, die keine Jüdin war, jedoch ohne Erfolg, die Buchhandlung hatte bereits ein Anderer. Josef Kende wurde in das KZ Buchenwald verlegt, wo er angeblich an einer Lungenentzündung, am 24.10. 1938 starb.

Quellen:

- Bezirksmuseum Josefstadt, Saaltexte. (19.9.2021)
- Helen und Heinz Rupertsberger. Jüdischen Sakrale Bauten in Josefstadt, in: Bezirksmuseum Josefstadt. Räume des Glaubens. Das religiöse Leben in der Josefstadt, Wien, 2018.
- Christine Klusacek/Kurt Stimmer. Josefstadt. Beiseln, Bühnen, Beamte. Mohl Verlag, Wien, 1991.
- Irmtraut Karlsson (Hg.). Wege der Erinnerung… in der Josefstadt. Wien, 2019.
- Kevin Mitrega (Hg.). Jüdisches Wien. Mandelbaum Verlag, Wien, 2021.
- Gerhard Botz/Ivar Oxaal/Michael Pollak (Hg.). Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19.Jh. Buchloe, 1990.
- Ernst Lothar. Das Wunder des Überlebens. Erinnerungen, Wien, 2020. Erstmal erschienen 1960.
- Tina Walzer/Stephan Templ. Unser Wien. Arisierung auf österreichisch, Berlin, 2001.
- Der Achte #Josefstadt, Gratis+Unabhängig, Ausgabe Nr. 1_03/04/05 2021.
- https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Arkadenkino
- https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Antisemitenbund

Jüdische Architekt_innen



1 Adolph Ambor * 23.03.1861 - † 15.05.1912

2 Arthur Baron * 15.05.1874 - † 30.08.1944
emigrierte 1940 nach Palästina wo er in seinem 70sten Lebensjahr verstarb.

3 Ernst Epstein * 04.01.1881 - † 21.05.1938
begeht einen Tag nach Einführung der „Nürnberger Gesetze" Selbstmord durch Veronal.

4 Richard Esriel * 29.04.1875 - † 02.06.1938
verstarb 1938 an Herzschwäche. Zwei seiner Töchter wurden im Konzentrationslager ermordet.

5 Karl Fleischer * 22.08.1880 - † 01.08.1937

6 Wilhelm Fraenkel * 01.04.1844 - † 05.03.1916

7 Jakob Gartner * 06.10.1861 - † 15.04.1921

8 Ernst von Gotthilf * 01.10.1865 - † 17.09.1950
emigrierte 1939 nach England.

9 Arnold Karplus * 24.06.1877 - † 17.10.1943
emigrierte 1939 nach New York.

10 Karl Kassner * 08.12. 1878 - † 31.12.1944
wurde 1939 in ein unbekanntes Lager deportiert. Über sein weiteres Schicksal ist nichts bekannt. Als offizielles Todesdatum gilt der 31.12.1944.

11 Fritz Keller * 17.08.1878 - † 14.12.1938
starb Ende 1938 unter ungeklärten Umständen.

12 Heinrich Kestel * 13.03.1864 - † 10.09.1942
wurde 1942 im Konzentrationslager Theresienstadt ermordert.

13 Siegfried Kramer * 1877 - † 20.07.1914

14 Oskar Marmorek * 09.04.1863 - † 07.04.1909

15 Richard Modern * 21.07.1872 - † 27.11.1957
emigrierte 1940 nach New York von wo er später nach San Francisco zog.

16 Arpad Mogyorosy * 27.10.1875 - † 22.01.1922

17 Alexander Neumann * 15.10.1861 - † 16.06.1947
emigrierte im Mai 1939 nach Australien und von dort aus nach Neuseeland.

18 Adolf Oberländer * 16.08.1867 - † 26.04.1923

19 Ernst Ornstein * 22.04.1869 - † 17.09.1925

20 Viktor Postelberg * 10.06.1869 - † 14.02.1920

21 Ignaz Reiser * 24.01.1863 - † 14.01.1940
verstarb im Wiener Rothschildspital an einer Krebserkrankung.

2

Ilse Arlt - Pionierin der Sozialarbeit und die „Vereinigten Fachkurse für Volkspflege“

Ilse Arlt, war doppelt mit der Albertgasse im 8. Wiener Gemeindebezirk verbunden. Zum einen wohnte sie für einen großen Teil ihres Lebens, von 1917 bis 1960, dem Jahr ihres Todes, im Haus Nummer 4. Zum anderen gründete sie im Gebäude Nummer 38 die erste professionelle Lehranstalt für Soziale Arbeit. 1912 wurden die „Vereinigten Fachkurse für Volkspflege“ als erste Fürsorger*innenlehranstalt in der österreichisch-ungarischen Monarchie gegründet. Ilse Arlt, 1876 in Pötzleinsdorf in ein großbürgerlich, liberales Elternhaus geboren, verstand Soziale Arbeit radikal neu. Sie wollte die Arbeit mit und für arme und unterprivilegierte Menschen nicht länger als mildtätige Wohlfahrt und religiöse Fürsorge verstanden sehen. Ihrer Auffassung nach war Armut kein gottgewolltes Schicksal und lag nicht in der persönlichen Schuld der Menschen begründet. Sie wollte die gesellschaftlichen Ursachen für Armut wissenschaftlich ergründen und mit den Mitteln der Soziale Arbeit bezwingen. Im Fokus der empirischen und sozialphilosophischen Forschung standen Armuts-, Wohlergehens-, Konsum-, Haushalts-, Hilfe-, Wohlfahrts- und Fürsorgefragen. Diesen Themen widmete sich Arlt auch in ihren umfangreichen Publikationen. Im Jahr 1921 veröffentlichte sie ihr erstes Hauptwerk: „Die Grundlagen der Fürsorge“. Nach dem so genannten Anschluss 1938 wurde die „Gesellschaft für Volkspflege“, seit 1914 Trägerverein der Schule, in die nationalsozialistische Volkswohlfahrt eingegliedert, die Schule wurde am 10. September 1938 zwangsweise geschlossen. Ilse Arlt wurde auf Grundlage der „Nürnberger Rassegesetze“ verfolgt, da ihre Mutter Jüdin war. Sie wurde mit einem Schreibverbot belegt und konnte bis 1945 wirtschaftlich nur durch die Unterstützung von Verwandten, Freund*innen und ehemaligen Schüler*innen überleben. Ihre Versuche die Schule nach der Befreiung wieder zu eröffnen, musste sie 1957 aufgeben, die Überreste der Lehr- und Forschungssammlung wurden an die „Fürsorgeschule der Stadt Wien“ übergeben. Ilse Arlt erhielt eine „Gnadenpension“ der Stadt Wien. Es gibt nur sehr wenige Verweise auf jüdische Schüler*innen der „Vereinigten Fachkurse für Volkspflege“. Zwei von ihnen waren Ida Nohel und Hanna Katz. Ida Nohels Familie stammte aus Böhmen, wo auch sie und ihre beiden Schwestern Olga und Hedwig geboren wurden. Ilse Arlt erwähnte sie 1946 in einem Brief an eine Mitstreiterin, wobei ihre Formulierung etwas unklar bleibt: „Ida Nohel erlag den Leiden der Juden in der Anfangszeit und viele wanderten aus (…).“ Über ihre Schwestern ist bekannt, dass sie vermutlich 1942 in Izbica beziehungsweise Sobibor ermordet worden sind. Ida Nohel selbst scheint in keinen Datenbanken für die Opfer der Shoa auf. Vermutlich starb sie bei einem früheren Luftangriff auf Wien im Jahr 1942. Hanna Katz, am 21. April 1884 in Reichenberg (Liberec) geboren, hatte vor ihrer Ausbildung als Krankenpflegerin die „Vereinigten Fachkurse für Volkspflege“ besucht. Nach ihrer Diplomierung in der Pflege arbeitete sie zuerst als Lehrerin an der Krankenpflegeschule des Allgemeinen Krankenhauses und wurde dann Schuloberin am Wilhelminenspital in Wien. Im Jahr 1938 verlor Hanna Katz ihren Posten. Im Zuge ihrer Emigration nach Großbritannien 1939 leitete sie in Oxford eine Kriegsküche für Flüchtlinge und kehrte 1946 nach Wien zurück. Sie konnte hier mehr nicht in ihren alten Beruf zurückkehren.

Im Jahr 2007 gründete sich das Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung als sozialarbeitswissenschaftliches Forschungsinstitut an der Fachhochschule St. Pölten. Eine zentralen Person der Sozialen Arbeit in Österreich erfuhr damit eine späte Würdigung.

Ilse Arlt im 70. Lebensjahr

Albertgasse 38 um 1916

Quellen:

- Maria Mais (Hg.). Ilse Arlt. Pionierin Der Wissenschaftlichen Begründeten Sozialarbeit. Löcker Verlag, Wien, 2013.

Verfolgung und Ausgrenzung jüdischer Kinder & Jugendlicher

Die Schulen in der Albertgasse.
Für Kinder und Jugendliche stellt die Schule einen wesentlichen Ort ihres Alltags dar – und die nationalsozialistische Ausgrenzungs-, Verfolgungs- und schließlich Vernichtungspolitik machte vor diesen Räumen nicht halt. Der Verlust des normalen Alltags, der Lebensgrundlage und jeder Stabilität, die immer enger werdenden Beschränkungen, die das Leben in Wien verunmöglichten und schließlich die Deportationen an die Orte der Vernichtung lassen sich auch an der Geschichte des Schulwesens festmachen. Der folgende Beitrag versucht an Hand der beiden öffentlichen Schulen in der Albertgasse einige Facetten der Verfolgung jüdischer Schüler*innen und Lehrer*innen aufzuzeigen.

Neben dem bis heute bestehenden Gymnasium Albertgasse 18-22 gab es in der Albertgasse bis 1941 auch eine Volks- und Hauptschule auf Nummer 52. An beiden Schulen war der Anteil jüdischer Schüler*innen relativ hoch, weshalb sie im Nationalsozialismus als „Sammelschule“ bzw. durch die Einrichtung von separierten „I-Klassen“ („Israeliten-Klassen“) eine besondere Rolle spielten.

Schulen im Austrofaschismus
Antisemitismus im Schulsystem lässt sich in die Zeit des Austrofaschismus zurückverfolgen, der generell eine reaktionäre Schulpolitik betrieb – gekennzeichnet u.a. durch die Rücknahme der im Roten Wien durchgeführten Reformen, durch das Ende der Koedukation und die Stärkung des Einflusses der Katholischen Kirche an öffentlichen Schulen (von der Vielzahl katholischer Privatschulen gar nicht zu reden). Besonders der Religionsunterricht wurde aufgewertet, indem es Eltern verunmöglicht wurde, ihre Kinder für „konfessionslos“ zu erklären und so davon zu befreien. Für jüdische Lehrer*innen war es nun beinahe unmöglich eine Stelle zu finden – auch wenn offiziell kein „Arierparagraph“ existierte, verhinderten klerikalfaschistisch oder nationalsozialistisch eingestellte Direktor*innen und Lehrkörper systematisch die Anstellung von Juden und Jüdinnen.

Im Zusammenhang mit dem Abschluss des Konkordats mit dem Vatikan 1934 erging vom *Bundesministerium für Unterricht* der Erlass in Mittelschulen mit mehreren Klassen pro Schulstufe die Schüler*innen nach Religionen aufzuteilen – alle katholischen Schüler*innen sollten in einer Klasse zusammengefasst werden, alle evangelischen und jüdischen in der Parallelklasse. Im Unterschied zum Nationalsozialismus galt dies zwar nicht für zum Katholizismus konvertierte jüdische Schüler*innen und die Segregation wurde nur bei entsprechenden Schüler*innenzahlen innerhalb der Schule durchgeführt, dennoch war die antisemitische Intention unverkennbar. Formal wurde mit der Vereinfachung der Organisation des Religionsunterrichts argumentiert, tatsächlich waren die allgemein als „Judenklassen“ bezeichneten Parallelklassen ein

Mahnmal in der Aula und Stein der Erinnerung vor dem BRG 8.

Schritt zur Absonderung, der weiterer Diskriminierung den Weg bereitete. Die *Israelitische Kultusgemeinde* kritisierte diese Trennung von Anfang an und wies darauf hin, dass in der Praxis häufig katholische und evangelische Schüler*innen zusammenblieben, während die jüdischen Schüler*innen gezielt separiert wurden.

Der Wiener Stadtschulrat legte den Erlass zudem so aus, dass diese Trennung nach Möglichkeit auch an Volks- und Hauptschulen durchzuführen sei. Die antisemitische Linie der Schulverwaltung verwundert nicht, war doch von 1934 bis 1938 mit Richard Schmitz ein ausgewiesener Vertreter des christlichsozialen Antisemitismus Wiener Bürgermeister. Schmitz war zuvor (1926-1929) als Unterrichtsminister tätig gewesen und hatte in dieser Zeit eine parlamentarische Einigung mit der Sozialdemokratie bezüglich der Schulorganisation erzielt. Aus dieser Zeit stammten die bis 1938 in Österreich bestehenden Strukturen mit einer achtklassigen Volksschule, einer vierjährigen Hauptschule (auf deutlich höherem Niveau) im Bereich der Pflichtschulen und einem achtklassigen, durch Aufnahmeprüfungen abgeschotteten, Mittelschulwesen, zu dem Gymnasien, Realgymnasien, Realschulen und Frauenoberschulen zählten.

Schuljahr 1937/1938: Der „Anschluss“ und die Folgen
In den Tagen der nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich blieben die Schulen zunächst geschlossen, die Maschinerie der Ausgrenzung und Verfolgung lief jedoch vom ersten Moment an. Bereits wenige Tage nach dem „Anschluss“ wurden die in Österreich beschäftigten Lehrer*innen auf das nationalsozialistische Regime

vereidigt. Sogenannte „Nichtarier“ waren nicht zum Eid zugelassen und wurden binnen kürzester Zeit gekündigt, bei langer Dienstzeit (mit gekürzten Bezügen) in den Ruhestand versetzt oder im besten Fall an Schulen für jüdische Kinder weiterbeschäftigt. Am 1. Juli 1938 gab das *Amtsblatt der Stadt Wien* bekannt: „Weiters wurden auch nach dem Umbruch alle an Schulen tätigen jüdischen Lehrer (im ganzen 132 staatliche Lehrer, 25 Pflichtschullehrer, 19 Hilfslehrer weltlicher Fächer und 7 jüdische Religionslehrer) außer Dienst gestellt.“ Und die *Reichspost* hatte bereits am 29. April verkündet: „Der Lehrkörper ist bereits vollständig arisch.“

Am 21. März 1938 wurden die Schulen wieder geöffnet – der Tag war Feiern zur Machtergreifung gewidmet. Ab 22. März sollte regulärer Unterricht stattfinden, allerdings wurden häufig ganze Schulklassen – manchmal sogar die jüdischen Schüler*innen – zum Bejubeln von NS-Größen abkommandiert. Ab 2. April waren die Schulen erneut geschlossen, um die „Volksabstimmung“ vorzubereiten. Direkt darauf folgten die Osterferien, sodass der erste Schultag auf den 20. April fiel und somit dem Geburtstag Adolf Hitlers gewidmet wurde. Bis dahin war die konkrete Situation der jüdischen Schüler*innen ganz von der jeweiligen Schule, den Lehrer*innen und Klassenkolleg*innen abhängig gewesen, Ende April schufen die Behörden nun neue Verhältnisse. Mit Erlass des *Stadtschulrates für Wien* erging an die staatlichen Mittelschulen die Weisung, dass jüdische Schüler*innen sofort ausgeschult und vorläufig an eigenen Schulen untergebracht werden sollten. Es wurden dafür Standorte gewählt, an denen der Anteil jüdischer Schüler*innen bereits hoch war. Im 8. Bezirk war dies das Realgymnasium Albertgasse – nun als *Staatliche Oberschule für Jungen* bezeichnet – das ab nun eigene Klassen (sogenannte I-Klassen) für jüdische Schüler führte.

Dass es sich dabei nur um erste Schritte auf dem Weg zur völligen Segregation handelte, wurde bereits aus den Schlussworten des Erlasses ersichtlich: „Bis zur endgültigen Regelung der Judenfrage [...] müssen an den genannten jüdischen Schulen arische Lehrer den schweren Dienst auf sich nehmen“, heißt es hier – schließlich waren alle jüdischen Lehrkräfte bereits entlassen worden.

Wie viele Mittelschüler*innen in Wien von den Verfolgungsmaßnahmen betroffen waren, ist nicht genau bekannt. Etwa 20% der Mittelschüler*innen gehörten der jüdischen Kultusgemeinde an, unklar ist allerdings wie viele aufgrund der *Nürnberger Rassegesetze* nun plötzlich als Juden und Jüdinnen eingestuft wurden. Zudem konnten jüdische Schülerinnen an einigen Mädchenmittelschulen – vermutlich bedingt durch den geringen Stellenwert den das NS-Regime der Bildung von Mädchen generell zugestand – das Schuljahr noch beenden, während andere sofort die Schule verlassen mussten.

Von Renate Göllner auf Basis erhaltener Schuldokumente recherchierte Daten für das Schuljahr 1937/1938 zeigen, dass von 2.616 als jüdisch geltenden Schüler*innen beinahe 1.100 an eine Sammelschule bzw. -klasse „zugeschult“ wurden, darunter lediglich 284 Mädchen. 290 dieser Schüler*innen verließen die jeweiligen Schulen noch vor Ablauf des Schuljahres. Die – leider ebenfalls lückenhaften und widersprüchlichen – Daten für die Albertgasse 18-22 weisen mehr als 300 jüdische Schüler*innen aus. Laut Göllner wurden davon etwa 50 „zugeschult“, während die Schulchronik auf der Website des heutigen BGRG von 186 zugewiesenen jüdischen Schülern ausgeht.

Im Mai 1938 wurden ähnliche Regelungen auch für den Pflichtschulbereich, also für Volks- und Hauptschulen, verkündet. Den etwa 9.000 jüdischen Pflichtschüler*innen standen nun noch 13 Schulen in der Stadt zur Verfügung – darunter die Volksschule Albertgasse 52. Die „Umschulungsaktion“ wurde ohne die geringste Rücksicht auf die betroffenen Kinder durchgeführt – neben dem Verlust des sozialen Umfelds, von Freund*innen und vertrauten Lehrer*innen hatten die Schüler*innen nicht zuletzt mit immer längeren und gefährlicheren Schulwegen und der dauernden Gefahr von Übergriffen zu kämpfen. Neue Freundschaften aufzubauen war nicht leicht: Klassenkolleg*innen verschwanden von heute auf morgen, manche weil sie flüchten konnten, zunehmend aber als Folge der Deportationen.

Die 1938 siebenjährige Ruth Klüger die in vier Jahren acht verschiedene Schulen (es scheint naheliegend, ist aber nicht gesichert, dass sich darunter auch die Albertgasse befand) besuchte, erinnert sich:

> „[E]s war unwesentlich geworden, ob ich rechtzeitig da war. Wichtiger war schon eher, wieviele von den Klassenkameraden ‚ausgehoben‘, das heißt deportiert worden oder untergetaucht waren oder doch noch das Land hatten verlassen können. [...] Die Zahl der Schüler nahm täglich ab. Wenn es zu wenig waren, dann wurde die Schule aufgelöst und die Schüler wurden in eine andere, ebenso zusammengeschrumpfte, versetzt. Und dann wieder in eine neue. Die Klassenräume waren immer älter und verkommener geworden. […] Die Kinder, die in Wien geblieben waren, trugen immer ärmlichere Kleidung, ihre Sprache wurde immer dialektdurchsetzter, man hörte ihnen die Herkunft aus den ärmeren Vierteln der Stadt an. [...] Und auch die Lehrer verschwanden, einer nach dem anderen, so daß man sich alle zwei, drei Monate auf einen neuen gefaßt machen mußte. […] Je weniger Schulen es für uns gab, desto länger wurde der Schulweg, man mußte die Straßenbahn und die Stadtbahn nehmen, in denen man keinen Sitzplatz einnehmen durfte. Je länger der Weg, desto geringer war die Chance, gehässigen Blicken und Begegnungen zu entgehen. Man trat auf die Straße und war in Feindesland.“ (Klüger 1992, 15)

Am 13. Juni 1938 wurde schließlich eine gesetzliche Grundlage für die bis dahin ohnehin schon getroffenen Maßnahmen erlassen. Nun wurde auch der ausschließliche Einsatz von jüdischen Lehrer*innen an allen Schulen für jüdische Kinder und Jugendliche vorgesehen – wobei „jüdisch“ entsprechend der *Nürnberger Rassengesetze* definiert wurde.

„Sammelschulen“ bis Herbst 1940

Wie auch in anderen Bereichen verschärften sich auch im Schulbereich die Ausgrenzungs- und Verfolgungsmaßnahmen Schritt für Schritt. Wenige Tage nach den Novemberpogromen erging ein weiterer Erlass des *Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung*: „Nach der ruchlosen Mordtat von Paris kann es keinem deutschen Lehrer und keiner deutschen Lehrerin mehr zugemutet werden, an jüdische Schulkinder Unterricht zu erteilen. Auch versteht es sich von selbst, dass es für deutsche Schüler und Schülerinnen unerträglich ist, mit Juden in einem Klassenraum zu

sitzen.“ Da laut Erlass ein „Restbestand jüdischer Schüler auf den deutschen Schulen übriggeblieben“ war, wurden weitere Regelungen verordnet: „Juden ist der Besuch deutscher Schulen nicht gestattet. Sie dürfen nur jüdische Schulen besuchen. Soweit es noch nicht geschehen sein sollte, sind alle eine deutsche Schule besuchenden jüdischen Schüler und Schülerinnen sofort zu entlassen.“ In Österreich handelte es sich hier freilich nur um eine nachträgliche Legitimierung bereits vollzogener Maßnahmen.

Den Nationalsozialist*innen ging die Ausgrenzung nicht weit genug, noch wollte man aber nicht grundsätzlich an der bestehenden Schulpflicht rütteln. Im November 1938 wurde daher in Wien bereits überlegt, wie man die Kosten für den Pflichtschulbesuch jüdischer Kinder auf die Kultusgemeinde abwälzen, dabei aber gleichzeitig die staatliche Kontrolle über die Schulen behalten könnte. Zudem sollte es künftig nur noch eine (achtjährige) Volksschule für jüdische Schüler*innen geben, keine (im damaligen System wesentlich höherwertige) Hauptschulausbildung. Auch wenn dieser Schritt erst im Dezember 1940 mit der Auflassung der öffentlichen Volks- und Hauptschule Sperlgasse 2a in die Tat umgesetzt wurde, fällt die beängstigende Geschwindigkeit auf, mit der die Entrechtung der jüdischen Bevölkerung in Österreich umgesetzt wurde. Zwischen der Einrichtung von separaten Parallelklassen an Gymnasien und dem Verbot der Ausbildung auf Mittelschulniveau lag nur knapp ein halbes Jahr.

Die IKG reagierte so gut wie möglich auf die Segregationsmaßnahmen. Amtsdirektor Josef Löwenherz sandte bereits im Mai 1938 ein Memorandum an den *Stadtschulrat für Wien*, in dem er die Gesamtzahl jüdischer Schulpflichtiger aller Altersstufen mit 15.388 angab und Vorschläge zur Gestaltung des Unterrichts an den einzurichtenden jüdischen Schulen machte. Diese wurden ebenso wie alle folgenden Eingaben abschlägig beschieden, so sie nicht der Entlastung der öffentlichen Hand dienten, wie etwa die Einrichtung einer Hauptschule am von der IKG betriebenen *Zwi Peres Chajes-Realgymnasium*. Die Antworten des Stadtschulrates weisen auch darauf hin, dass von staatlicher Seite zu dieser Zeit die Auswanderung von Juden und Jüdinnen forciert werden sollte und die Schulen die Kinder und Jugendlichen darauf vorbereiten sollten. Tatsächlich sank die Zahl jüdischer Pflichtschüler*innen in Wien bis Ende 1939 deutlich – waren mit Beginn des Schuljahres 1938/1939 noch etwa 7.000 Schüler*innen an einer der 13 zugänglichen öffentlichen Schulen, den beiden von der IKG geführten Pflichtschulen oder der Unterstufe des Chajesgymnasimus eingeschrieben, sank diese Zahl bis November 1939 auf ca. 2.500. Danach boten sich kaum noch Möglichkeiten zur Flucht.

Das Schuljahr 1939/1940 brachte weitere Einschränkungen für den Unterricht jüdischer Kinder und Jugendlicher. Die Anzahl der öffentlichen Schulen für jüdische Kinder und Jugendliche wurde von 13 auf 10 beschränkt, das Chajesgymnasium, welches sich von nun an „jüdisches Lyceum“ nennen musste, war gezwungen, in die Castellezgasse (Volksschule) zu übersiedeln und gleichzeitig wurden die finanziellen Möglichkeiten der Kultusgemeinde – bedingt durch die Vertreibung und Beraubung der Mitglieder der jüdischen Gemeinde – immer geringer. Die Zahl der Schulen sank immer weiter, sodass bei einer annähernd gleichen Schüler*innenzahl mit Schulbeginn 1940 nur mehr drei öffentliche Pflichtschulen (neben der Albertgasse waren das die VS Freyung im ersten und die Kleine Sperlgasse im zweiten Bezirk) existierten. Im Oktober 1940 übersiedelte schließlich die VS Freyung in die Kleine Sperlgasse 2a, die Albertgasse folgte kurz darauf.

Von der Schule zum „Sammellager“

Ende 1940 vollzog Wien eine Entwicklung nach, die gesetzlich bereits mit der *Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz* vom 4. Juli 1939 eingeleitet worden war. Diese Verordnung bestimmte die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* als Träger des jüdischen Schulwesens, die ab sofort „für die Beschulung der Juden zu sorgen“ und diese finanziell zu unterhalten habe. Bedenken innerhalb des Regimes verzögerten die Umsetzung in Österreich, sodass die Kultusgemeinde erst Ende 1940 gezwungen wurde das Schulgebäude in der Kleinen Sperlgasse 2a anzumieten, um weiterhin Unterricht für jüdische Schüler*innen anbieten zu können. Die öffentliche Hand hatte sich damit jeder Verantwortung entzogen, während die IKG unter den widrigsten Umständen versuchte den Schulbetrieb zu organisieren, Geld für Fahrscheine für Kinder zu organisieren, damit diese zumindest bei außergewöhnlich schlechtem Wetter nicht zu Fuß aus dem 10. oder 22. Bezirk kommen mussten und den Lehrer*innen, die häufig weitere Familienmitglieder unterstützten, ein minimales Einkommen zu garantieren.

Im Februar 1941 war das Ende all dieser Bemühungen gekommen. Auf Anweisung der *Zentralstelle für jüdische Auswanderung* wies die Kultusgemeinde die Gemeindeverwaltung des *Reichsgaues Wien* darauf hin, dass das von der Gemeinde vermietete Schulgebäude einer „Verwendung als Sammellager für die Transporte in das Generalgouvernement zugeführt worden ist“. Die Sperlgasse 2a wurde nun zum Ausgangspunkt der Deportationen von unzähligen Menschen – darunter die meisten ehemaligen Schüler*innen ebenso wie ihre ehemaligen Lehrer*innen, von denen eine ganze Reihe zuvor an der Albertgasse unterrichtet hatte. Wie viele von ihnen als letzte Station in Wien noch einmal in ihren ehemaligen Schulen eingesperrt waren, ist unbekannt.

Das Gymnasium Albertgasse 18-22 besteht heute als BGRG 8. Ein *Stein der Erinnerung* und ein Mahnmal im Gebäude weisen auf die Geschichte der „Sammelklassen“ hin. Das Gebäude der Volksschule Albertgasse 52 war durch einen Bombentreffer beschädigt und wurde nach Kriegsende abgetragen. Seit 1954 befindet sich dort ein Wohnhaus der Gemeinde Wien. Es gibt kein Erinnerungszeichen für die jüdischen Kinder und Jugendlichen.

Quellen:

- Markus Brosch. 2012. Jüdische Kinder und LehrerInnen zwischen Hoffnung, Ausgrenzung und Deportation. VS/HS Kleine Sperlgasse 2a, 1938-1941. Diplomarbeit Univ. Wien. http://othes.univie.ac.at/24446/1/2012-10-30_0601075.pdf
- Renate Göllner. 2009. Schule und Verbrechen. Die Vertreibung jüdischer Schülerinnen und Schüler von Wiens Mittelschulen. Peter Lang Verlag.
- Renate Göllner. 2010. Segregation als Vorbereitung zur Vernichtung. „Jüdische Sammelschulen“ in Wien. In: Cerha, Vera Karin / Treiblmayr, Christopher (Hg.): Weggewiesen 1938. Löcker. 105-116
- Ruth Klüger. 1992. weiter leben. Eine Jugend. dtv.
- BGRG 8. Geschichte der Schule https://www.grg8.at/HP_GRG8_2016/seit1.html
- Wien.Geschichte.Wiki: VS/HS Albertgasse 52. https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/VS/HS_Albertgasse_52?uselayout

3

„Zuerst ignoriert, dann vergessen“ - Die Josefstädter Künstlerin Marianne Saxl-Deutsch

Marianne Saxl-Deutsch war eine Wiener Malerin, Grafikerin und bildende Künstlerin, die ein Werkstatt-Atelier in der Skodagasse 15 betrieb. Sie gehörte, wie im „Jüdischen Echo“ von Olga Kronsteiner treffend beschrieben wird, einer Generation zunächst ignorierter und dann vergessener weiblicher Kunstschaffenden an, deren Beitrag für die Moderne erst in den letzten Jahren aufgearbeitet wird.

Am 28.08.1885 als Tochter von Olga Deutsch in Wien geboren, entschied sich Marianne Deutsch sehr früh für einen künstlerischen Beruf. Ihr genauer Ausbildungsweg ist nicht ausreichend dokumentiert, aber die von ihrer Enkelin Eva Schmidt-Kreilisheim gesammelten Lebenserinnerungen deuten auf den Besuch der Wiener „Kunstschule für Frauen und Mädchen“ hin. Sicher ist jedenfalls, dass Marianne sehr früh mit der Jugendstil-Ornamentik und abstrakteren modernen Zeichenstilen in Berührung kam, was ihre Werke zeitlebens prägte. Die ersten Lehrjahre verbrachte sie bei Adolf Böhm, einem Mitbegründer der Wiener Secession. Ihre eigenen künstlerischen Arbeiten waren allerdings viel breiter gefächert als die klassische Jugendstil-Ornamentik und reichten von der modernen Landschaftsmalerei in Öl und Aquarell, über grafische Plakatarbeiten bis hin zur bildenden Kunst in Form von kunstgewerblichen Schmuck-Metallarbeiten sowie Gebrauchsgegenständen für den Haushalt wie Lampen, Schüsseln und Dosen.

Nach ihrer Ausbildung an der Kunstschule verbrachte Marianne Deutsch den Sommer 1910 in der bayrischen Künstler*innenkolonie Dachau. Es kann vermutet werden, dass ihr Interesse für die Kolonie unter anderem daher rührte, dass sich dort ab der Jahrhundertwende die erste private Malschule für Frauen etablieren konnte, die einige bekannte moderne und avantgardistische Künstlerinnen wie Ida Kerkovius, Else Freytag-Loringhoven oder Paula Wimmer hervorgebracht hatte. Marianne setzte sich während ihrer Zeit in der Kolonie vor allem mit expressionistisch-moderner Landschaftsmalerei auseinander. Noch im selben Jahr änderte sich ihr Leben allerdings grundlegend, als sie den Wiener Internisten Paul Saxl heiratete und kurz darauf schwanger wurde. Im Jahr 1911 kam Mariannes erste Tochter Gertrud zur Welt. Etwa zu diesem Zeitpunkt eröffnete sie auch ihr Werkstatt-Atelier in der Skodadasse 15. Nach der Geburt ihrer zweiten Tochter, Eva, im Jahr 1925 beschäftigte sie sich an der Wiener Kunstgewerbeschule mit ornamentaler Schrift und Heraldik. Allerdings war sie dort nur Gasthörerin, was darauf schließen lässt, dass ihr als einer–trotz Konfessions-

Plakat von Marianne Saxl-Deutsch 1912.

losigkeit–jüdisch positionierten Frau der Weg in die Institutionen mehrfach erschwert bzw. verwehrt wurde. Nichtsdestotrotz war Marianne Saxl-Deutsch innerhalb der Wiener Kunstszene gut vernetzt und auch äußerst produktiv: Sie war Teil der „Vereinigung bildender Künstlerinnen Österreichs“ und des „Österreichischen Werkbundes“. Im Rahmen dieser Kontexte war sie an der Wiener Kunstschau 1908 und an drei Jahresausstellungen der „Vereinigung bildender Künstlerinnen Österreichs“ zwischen 1921 und 1936 beteiligt.

Ignoriert, enteignet und ermordet: jüdische Künstlerinnen der Wiener Moderne

Trotz ihrer Produktivität und der breiten Palette ihrer Formensprache ist Marianne Saxl-Deutsch in Vergessenheit geraten. Dieses Schicksal teilt sie prinzipiell mit anderen modernen Künstlerinnen—Marianne wurde jedoch nicht nur ignoriert und vergessen, sondern auch ihrer Arbeiten beraubt und in der Shoah ermordet. Die meisten ihrer Werke unterzeichnete sie mit dem Kürzel M.SAXL, das auch auf ihren bekanntesten grafischen Arbeiten zu finden ist. Die Geschichte ihres berühmtesten Plakats verdeutlicht das Ausmaß der NICHT-Rezeption ihres Gesamtwerkes. Für den internationalen Frauentag im Jahr 1913 entwarf Marianne Saxl-Deutsch das Plakat „Den Frauen ihr Recht“ (siehe Bild). Das schwarz-weiß und rot gehaltene Plakat thematisiert das Frauenwahlrecht. Es zeigt eine Gruppe weiblicher* Demonstrantinnen bzw. Sufragetten, die in einem für die Jugendstilperiode eigentlich untypischen Comicstil gezeichnet sind und ihrerseits auch ein Plakat mittragen, auf dem sie das Frauenwahlrecht einfordern. Bereits wenige Jahre später, wahrscheinlich im Jahr 1919, fand sich das einprägsame Sujet auf einer Postkarte wieder und es wurde auch nach der NS-Vernichtung wieder aufgegriffen. In den 1970er Jahren übernahm die neue Frauenbewegung das Sujet ohne die konkrete Urheberinnenschaft zu benennen. Ursula Müksch vermerkt im 2016 erschienenen „biografiA. Lexikon österreichischer Frauen“, dass ein signierter Plakatentwurf auch noch in den 2010er Jahren ohne Quelle verwendet wurde: beispielsweise in der Zeitschrift der kommunistischen Frauenbewegung „Stimme der Frau“. In kunstgeschichtlichen Publikationen lässt sich diese Ignoranz Mariannes Werk gegenüber ebenfalls nachvollziehen. In einem 1985 von Astrid Gmeiner und Gottfried Pirhofer herausgegebenen Band über den „Österreichischen Werkbund“ finden sich zwar durchaus Abbildungen ihrer Metallarbeiten, jedoch auch hier ohne die Künstlerin zu benennen.

Die Nicht-Rezeption von Marianne Saxl-Deutsch verdeutlicht auch das intersektionale Zusammenspiel von Sexismus und Antisemitismus. So geht Mariannes Enkelin, Eva Schmidt-Kreilisheim, davon aus, dass im Zuge der „Arisierung“ des Studios in der Skodagasse 15 alle Kunstwerke geraubt wurden. Sie fasst ihre Recherchen zum Leben und Wirken ihrer Großmutter folgendermaßen zusammen:

> „Marianne – so die Erzählungen meiner Mutter – […] stand in einem Naheverhältnis zum Werkbund und den Wiener Werkstätten. Ich selbst habe leider weder Marianne noch Olga persönlich gekannt. In meiner elterlichen Wohnung gab es jedoch einige von Marianne gefertigte Gefäße aus Messing oder aus Silber; Schmuck, den sie gemacht hat, sowie einige Ölbilder, die später zum Teil die Wände meiner elterlichen Wohnung zierten. Marianne hat auch ihre Mutter Olga porträtiert, über die ich fast keine Information besitze. Viele von Mariannes Kunstwerken sind nach der Deportation verschwunden, wurden offensichtlich geraubt. Auf der Suche nach ihren Kunstgegenständen und nach ihren Bildern habe ich in den letzten Jahren an vielen Stellen, die sich mit der Rückgabe von geraubter Kunst befassen, angefragt, leider war ich dabei kaum erfolgreich. In einer Wiener Galerie entdeckte ich im Jahr 2009 erstmals kleine Bilder – einige Collagen aus den 30er Jahren, die wir um teures Geld erstanden“ (Josefstädterinnen.at, o.J.).

Mariannes beiden Töchtern gelang rechtzeitig die Flucht aus Österreich. Sie selbst hätte auch noch fliehen können, entschied sich aber dafür bei ihrer Mutter zu bleiben für die es, aufgrund angeblich fehlerhafter oder fehlender Papiere, keine Ausreisemöglichkeit gab. Marianne und Olga wohnten bis 1939 in ihrer Wohnung in der Skodagasse 15/1. Danach wurden sie zwangsweise in einer so genannten „Sammelwohnung“ in der Heinrichsgasse im ersten Bezirk einquartiert und von dort aus gemeinsam mit 35 anderen Menschen in den Tod geschickt. Marianne Saxl-Deutsch wurde am 06.05.1942 in das Vernichtungslager Maly Trostinec deportiert und sechs Tage darauf ermordet. Olga Deutsch wurde am 13.08.1942 nach Theresienstadt deportiert und einen Monat später in Treblinka ermordet. Im Mai 2010 wurde auf Betreiben von Mariannes Enkelin Eva Schmidt-Kreilisheim ein Stein der Erinnerung in der Skodagasse 15 verlegt, um an Olga Deutsch, Marianne Saxl-Deutsch, sowie an die ehemaligen Nachbar*innen Adolf Bardasz und Wanda Kafka zu erinnern.

Quellen:

- Josefstädterinnen.at. Online: http://josefstädterinnen.at/marianne-saxl-deutsch/
- Kronsteiner, Olga (2019): Zuerst ignoriert, dann vergessen. In: Das jüdische Echo, Vol. 18: 119-124. Online: http://juedischesecho.at/%EF%BB%BFzuerst-ignoriert-dann-vergessen/
- Müksch, Ursula (2016): Marianne Saxl-Deutsch. In: Ilse Korotin (Hg.in). biografiA. Lexikon österreichischer Frauen, Band 3 P-Z, Wien/Köln/Weimar, Böhlau: 2836-2839.

4

Das Theater in der Josefstadt

Das Theater in der Josefstadt, gelegen an der Josefstädter Straße 24-26, blickt auf eine lange und wechselvolle Geschichte zurück: 1788 von dem Schauspieler Karl Mayer als schlichte Vorstadtbühne gegründet und 1822 durch einen, in der Folgezeit mehrfach veränderten Neubau nach den Plänen Josef Kornhäusels ersetzt, gilt es als eines der ältesten durchgehend bespielten Häuser im deutschen Sprachraum. Hier dirigierte Ludwig van Beethoven zur Eröffnung 1822 seine Komposition „Weihe des Hauses“. An diesem Ort spielten prominente Persönlichkeiten wie Johann Nestroy, Ferdinand Raimund, Albert Bassermann, Attila und Paul Hörbiger, Paula Wessely, Oskar Werner, Hans Moser, Marlene Dietrich, Gustaf Gründgens, Maximilian Schell, Helmut Qualtinger oder Gert Voss. Besondere künstlerische Akzente setzte Max Reinhardt, einer der bedeutendsten Regisseure des 20. Jahrhunderts, der das Theater von 1923 bis 1935 leitete. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten war der jüdische Künstler aus Deutschland geflüchtet. 1937 musste er auch Österreich verlassen und emigrierte über Großbritannien in die USA. Aus der Presse erfuhr er, dass im April 1938 sein Salzburger Besitz Schloss Leopoldskron, das er über 18 Jahre hinweg aufwändig renoviert und umgestaltet hatte, entschädigungslos enteignet wurde. Reinhardts Einfluss prägt das Theater in der Josefstadt bis heute.

Ernst Lothar – Schriftsteller, Regisseur, Direktor am Theater in der Josefstadt und Zeitzeuge

Am 25. Oktober 1890 wurde Ernst Lothar Müller in Brünn/Brno geboren. Er übersiedelte mit seiner Familie 1904/1905 nach Wien und studierte an der Universität Wien. Lothars Zugang zum Theater hat seine Wurzeln in seinem früheren Schaffen als Germanist und Schriftsteller. 1911 erschien sein erster Lyrikband „Der ruhige Hain“. 1918 veröffentlichte er seinen ersten Roman „Der Feldherr“. Er hatte außerdem Jus studiert und war im Handelsministerium tätig, beendete seine Beamtenlaufbahn jedoch im Jahr 1924 nachdem seine Romantrilogie „Macht über alle Menschen“ erschien. Ab diesem Zeitpunkt beschäftigte er sich intensiv mit dem Theater, verfasste Kritiken und schrieb Feuilletonbeiträge für die „Neue Freie Presse“. Ab 1932 war Lothar schließlich auch als Präsident des „Gesamtverbands Schaffender Künstler Österreichs“ tätig.

Im August 1935 wurde Ernst Lothar der neue Direktor des Theaters an der Josefstädter Straße. Er führte die Bühne im Geiste Max Reinhardts, mit dem er seit den 1920er Jahren befreundet war, fort. Jedoch brachte er das Theater von der so genannten „reinen Gesellschaftskomödie“ weg und förderte ein klassisch-literarisches Theater, dessen Inhalte Bezug auf die zeitgenössische Politik nahmen. Lothars Spielplan war von optimistischer und patriotischer Stimmung geprägt. Er führte die künstlerische Leistung am Theater fort, konform gehend mit der kulturpolitischen Programmatik der austrofaschistischen Regierung. 1933 heiratete er Adrienne Gessner, eine Schauspielerin die auch in seinem Ensemble in der Josefstadt tätig war.

Enthüllung der Reinhardtbüste von Petrucci über dem Theatereingang durch Helene Thimig 1950

Bis zuletzt zeigte sich Lothar hoffnungsvoll, teilweise auch unrealistisch: Sein Vertrag als Direktor wurde am 04. März 1938, unmittelbar vor dem Einmarsch der Nationalsozialisten verlängert und Lothar hoffte, seine Pläne für das Theater umsetzen zu können. Bereits am Abend des 12. März drangen Beamte der Wiener Polizeidirektion in Lothars Wohnung ein und nahmen ihm seinen Pass ab. Noch in derselben Nacht bekam er einen anonymen Anruf: Lothar solle fliehen, sonst werde ihm etwas geschehen. Er bekam Hinweise darauf, dass er aufgrund seiner jüdischen Abstammung inhaftiert und deportiert werden sollte. Unter Aufwendung seines gesamten Barvermögens und aufgrund von Verbindungen konnte er seinen Pass um 53.000 Schilling zurückkaufen. Die Nationalsozialisten wollten seine Flucht verhindern, denn er sollte dem Theaterbetrieb weiterhin mit seinem Vermögen zu Verfügung stehen. Er erinnert sich in seiner Autobiographie „Das Wunder des Überlebens“, welche 1960 erschien, an die Drohungen der Nazis die ihn in seiner Wohnung erwarteten:

> „Sie san der Direktor und für alles verantwortlich. Speziell für die Betriebskosten! Ich hab‘s ihnen g‘sagt und jetzt wissen S‘es! Sollten S‘ abpaschen wollen, kommen S‘ ins Lager! Heil Hitler!“

Schließlich entschied sich Lothar zur Flucht und machte sich am 19. März, gemeinsam mit seiner Tochter Johanna auf den Weg zu seinem Bruder in die Schweiz. Kurz vor der Schweizer Grenze, am Arlberg wurden sie aufgehalten und von der SA inhaftiert. Die Haft dauerte nur 3 Stunden, da sie den SA-Männern das neue Auto, mit dem Sie unterwegs waren, anboten um freizukommen. Lothar und seine Tochter gingen daraufhin mit nichts weiter als 10 Franken bei Feldkirch über die Grenze in die Schweiz. Die Flucht reflektiert Lothar in seiner Lebensgeschichte:

Ernst Lothar

> „Fliehen ist etwas Beschämendes, und wer einigen Stolz hat, spürt das. Da nützt Vernunft nichts, wie sie ja, eine der überschätztesten Gaben, bei der Entscheidung auf Leben und Tod viel weniger nützt, als man wahrhaben will. Es war vernünftig, dem Konzentrationslager zu entgehen; es war vernünftig, das Kind zu retten. Aber gab die Vernunft zugleich die Kraft, das Vernünftige erträglich oder der eigenen Natur gemäß zu finden? Auch hatte man sich ja überhaupt nichts vorgestellt! Wohin, und – wenn man das wußte – auf wie lange?“

Nachdem er von der Schweiz aus in die USA emigrierte, gründete er in New York das „Austria Theater“ und lehrte in Colorado als Professor für vergleichende Literaturwissenschaften. Bereits 1946 kehrte er nach Wien zurück und arbeitete bis 1962 wieder als Regisseur am Burgtheater, am Theater in der Josefstadt und bei den Salzburger Festspielen. Am 30. Oktober 1973 starb Ernst Lothar in Wien im Alter von 84 Jahren.

Die „Arisierung“ und der Theateralltag nach dem „Anschluss“

Nachdem Ernst Lothar zur Flucht gezwungen wurde, führten die ehemaligen Ensemblemitglieder Robert Valberg, Robert Horky und Erik Frey – alle NSDAP-Mitglieder – die „Arisierung“ des Theaters durch. Horky und Frey waren bereits seit 1934/35 als illegale Nationalsozialisten und als Funktionäre der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) in der Josefstadt aktiv. Sie waren es auch, die Ernst Lothar unter Druck setzten und ihn aus dem Amt vertrieben. Valberg war zudem seit dem 12. März 1938 kommissarischer Leiter des „Ringes österreichischer Bühnenkünstler“ und kommissarischer Direktor des Theaters in der Josefstadt. Besonders Valberg hatte eine Schlüsselposition bei der „Arisierung“ inne. In einem Brief an Reichsstatthalter Arthur Seyß-Inquart vom 18. Mai 1938 schreibt er:

> „Eure Exzellenz! Ich gestatte mir geziemend zur Kenntnis zu bringen, daß ich am 20. März ds. J. die kommissarische Leitung des Theaters in der Josefstadt übernommen habe. Meine ersten Anordnungen betrafen die Entfernung der dort beschäftigten Nichtarier. (...) Von nichtarischen Künstlern und Angestellten habe ich nachstehend vom Dienst suspendiert: Fritz Delius, Hansjoachim Frendt, Ludwig Stössel, Maximilian Schulz, Kurt Schulz, Dr. Franz Horch, Moritz Lederer, Adrienne Gessner-Lothar, Lisl Valetti, Lola Falikmann-Steiner, Henny Herzer und Maria Guttmann. Der Betrieb war am 20. März mit Ausnahme des genannten Spielleiters und Dramaturgen, die hinter der Bühne tätig waren, arisiert und mit 31. ds. M. ist er 100% arisiert.“

Es liegen kaum Forschungen zum Theater Alltag in den ersten Wochen nach dem „Anschluss“ vor, jedoch wurden die Spielpläne der Theater in dieser Zeit angepasst. So auch in der Josefstadt: Zuckmayers „Bellmann“ wurde abgesetzt, wie auch Stücke anderer jüdischer Autor*innen oder Stücke, deren Inhalt den reichsdeutschen Stellen missfallen könnte. Der Fokus der nationalsozialistischen Theater- und Kulturpolitik lag in der ersten Wochen jedoch weniger auf der NS-ideologischen Ausrichtung der Bühnen, und mehr darauf, Normalität vorzuspiegeln und den Betrieb der Theater am Laufen zu halten. Diese vermeintliche Normalität nutzten die NS-Funktionäre um jüdische und politisch unliebsame Mitarbeiter*innen ausfindig zu machen, zu entlassen und zu verfolgen.

Die Stimmung in der Theater- und Kulturbranche zu dieser Zeit beschreibt Karl Paryla (1905-1996), welcher selbst Ensemblemitglied am Theater in der Josefstadt war und 1938 in die Schweiz emigrierte:

> „Wenn man von der Szene abging, hörte man die grauenhaftesten Nachrichten aus der Stadt: Egon Friedell hat sich zum Fenster hinausgestürzt, Rudolf Beer ist von zwei Schülern in SA-Uniform im Wald kastriert worden; der zutiefst gedemütigte Mann hat in seiner Wohnung den Gashahn aufgedreht… – das war die Welt, von der man umgeben war .... Ich wollte nicht durch mein künstlerisches Mitwirken Inhumanität, Krieg, Unrecht und Verbrechen unterstützen. ... Ich wusste, wenn man da bleibt, wird man benutzt.“

Aufgrund von Entlassung und Verfolgung mussten langjährige Mitglieder des Ensembles ebenso wie Anfänger*innen, Zuschauer*innen oder nur kurz Engagierte flüchten. Jene, die bereits Deutschland verlassen hatten und am Theater in der Josefstadt für einige Jahre, oder auch nur für eine Rolle eine Möglichkeit zur Weiterarbeit gefunden hatten, mussten ins nächste Exil. Die vielfältigen Geschichten von Vertreibung, Exil und Weiterleben im Zusammenhang mit dem Theater in der Josefstadt ließen unter anderen über Adrienne Gessner, Ludwig Stössel, Else Bassermann, Helene Thimig, Ernst Deutsch, Hans Jaray, Oscar Karlweis und Herbert Berghof erzählen.

Das Theater unter der Direktion Heinz Hilperts – eine „Insel der Anständigen“?

Das Theater in der Josefstadt wurde 1938 zum Reichstheater ernannt und finanziell vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda bezuschusst. Die Leitung des Theaters wurde dem Regisseur Heinz Hilpert übergeben.

Die Betrachtung des Theaters in der Josefstadt in den Jahren 1938 bis 1945 bringt wohl die meisten Kontroversen mit sich. Nach der kurzen Phase der „Arisierung“ etablierte sich das Theater als „Insel der Anständigen“, Ort der Menschenwürde und des Widerstands – so die allgemeine Auffassung. Heinz Hilpert wurde ebenso als „Anständiger“ stilisiert, als jemand der für die Kunst lebt, der Verfolgten, wie etwa Ernst Wie-

chert, half und sich persönlich für sie einsetzte. Dieses Bild von Heinz Hilpert ist übrig geblieben, während seine wechselhafte Beziehung zu Goebbels, dem er direkt unterstellt und dessen Günstling er war, nicht hinterfragt wurde. Hilpert selbst hat seiner Schaffenszeit in der Josefstadt viel Programmatisches zum Theater verfasst und zahlreiche nationalsozialistische Ideologeme bedient und erschaffen, darunter auch eine Stellungnahme für den „Anschluss“. Er lehnte jedoch das nationalsozialistische Propagandatheater ab und wollte nicht, dass die Josefstadt zu einem „Ort der Sensation und des Komforts“ für NS-Ideologie wird, so wie Goebbels es wünschte. Hilpert führte jahrelang einen zähen Kampf gegen die Aufsichtsbehörden in Berlin, mehrfach wurde er von Goebbels persönlich dafür gemaßregelt. Auch wenn unter seiner Direktion kein einziges Stück in der Josefstadt aufgeführt wurde, das NS-Ideologie propagierte, war der Stil Hilperts, durchaus ein „deutscher“ Theaterstil, in welchem das Propagandaministerium eine Integrations- und Ästhetisierungsfunktion erkannte. Er hielt die „deutsche“ Hochkultur auch während des Krieges aufrecht und wirkte durch die Integration von scheinbar unpolitischer Klassik in die nationalsozialistische Kulturpolitik stabilisierend und legitimierend.

Die Rolle des Theaters in der Josefstadt im Nationalsozialismus wurde – wie auch die Person Heinz Hilpert – lange Zeit zu undifferenziert und zu eindimensional reflektiert.

Wegen der kommenden Kriegsniederlage gab es ab dem 21.August 1944 nur noch geschlossene Vorstellungen, für Angehörige der Waffen-SS, und andere Funktionäre. Die letzte Vorstellung unter der Leitung Hilperts im Theater in der Josefstadt war das Erfolgsstück von Paul Helwig „Götter auf Urlaub“. Die Belegschaft des Theaters wurde nach der Schließung zum „Totalen Kriegseinsatz der Kulturschaffenden“ zur Arbeit in kriegswichtigen Tätigkeiten herangezogen.

Das Theater nach 1945

Unter sowjetischer Besatzung wurde großen Wert darauf gelegt, das kulturelle Leben in Wien schnell wieder in Gang zu bringen. Kulturstadtrat Viktor Matejka war wesentlich daran beteiligt, dass auch das Theater in der Josefstadt am 01. Mai 1945 den Betrieb wieder aufnehmen konnte. Zunächst war es eine Vorstellung des „Hofrat Geiger“. Das Programm nannte den richtigen Namen des Autors: Martin Costa, der während der NS Zeit Berufsverbot hatte. Die Vorstellung war auf Befehl der Sowjets bei freiem Eintritt zu sehen.

Die Nachkriegszeit war am Theater in der Josefstadt auch geprägt von der Wichtigkeit exilierter Künstler*innen. Unter den Ur- und Erstaufführungen bis etwa 1948 waren zahlreiche Werke von Exildramatikern wie Hans Weigel, Fritz Hochwälder, Bertolt Brecht, Heinz Carwin, Ödön von Horváth, Ferdinand Bruckner und Carl Zuckmayer. Hinzu kamen Übersetzungen durch Emigrierte sowie Lesungen aus Texten von Exilautor*innen. Auch nach der Phase der unmittelbaren Nachkriegszeit kam es auf verschiedenen Ebenen zu einem Wirken von Rückkehrer*innen wie Ernst Lothar, Adrienne Gessner, Karl Paryla, Hortense Raky, Gertrude Ramlo und Manfred Inger. Deren Rückkehr stand jedoch nicht im Zusammenhang mit einer Thematisierung von Nationalsozialismus, Emigration und Täterschaft – weder am Theater noch in der Gesellschaft.

Erst ab 1988 kam es zur intensiveren Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus am Theater in der Josefstadt. Die Abendveranstaltung „Zerreißproben“ sollte an den vergangenheitspolitischen Diskurs der 80er Jahre anknüpfen. Sie wurde initiiert durch Robert Jungbluth, welcher zu der Zeit kommerzieller Direktor des Theaters war. Um eine große Kontroverse zu vermeiden, standen die Schicksale der Opfer und Exilanten im Zentrum, während die Täter an der Josefstadt im Hintergrund blieben und deren Namen letztendlich sogar aus der Textfassung herausgestrichen wurden.

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem vergangenheitspolitischen Diskurs am Theater in der Josefstadt und dem fraglichen Bild des Theaters als Ort des Widerstands wurde durch das Symposium „Theater für Eliten?“ vorangetrieben. Als Veranstaltungsort diente die neu eröffnete Probebühne des Theaters. Der von Gerald M. Bauer und Birgit Peter herausgegebene Sammelband „Das Theater in der Josefstadt. Kultur, Politik, Ideologie für Eliten?“ zeigt die Auseinandersetzung rund um das Symposium.

Seit 2013 erinnerte ein Gedenkstein vor dem Theatereingang an die Besucher*innen, die Opfer der antisemitischen Verfolgung des nationalsozialistischen Regimes geworden sind. Aus uns unbekannten Gründen wurde der Stein entfernt. An der Piaristengasse 44, am Bühneneingang, befindet sich ein Stein in Gedenken an die vertriebenen und ermordeten Künstler*innen und Mitarbeiter*innen des Theaters.

Gedenkstein an der Piaristengasse 44

2013 verlegter Gedenkstein an der Josefstädter Straße 26

Quellen:

- Robert Stalla: Theater in der Josefstadt 1788 – 2030. Architektur – Geschichte – Kultur. Verlag Hirmer
- Ernst Lothar: Das Wunder des Überlebens. Erinnerungen und Ergebnisse. Wien, Hamburg: Paul Zsolnay Verlag 1961
- Gerald M. Bauer, Birgit Peter (Hg.): Das Theater in der Josefstadt. Kultur, Politik, Ideologie für Eliten? Wien, Berlin: LIT Verlag 2010
- Anton Bauer, Gustav Kropatschek: 200 Jahre Theater in der Josefstadt 1788 – 1988. Wien, München: Verlag Anton Schroll & Co. 1988
- Hoffmann, Christoph. Das Theater in der Josefstadt im Nationalsozialismus unter der Leitung von Heinz Hilpert. Diplomarbeit, University of Vienna: Philologisch-Kulturwissenschaftliche Fakultät 2015
- Irmtraut Karlsson, Manfred Kerry, Tina Walzer (Hg.): … lebte in der Josefstadt. Steine der Erinnerung 1938–1945. Wien: Milena-Verlag 2008

5

Familie Löhner – Lange Gasse 46

Von seinen Biographen wird Fritz Löhner als „weltberühmter Unbekannter“ oder als ein „bekannter Unbekannter“ bezeichnet. Denn Löhner-Beda ist von den Nationalsozialisten doppelt vernichtet worden: sie haben ihn nicht nur auf die grausamste Weise umgebracht, sondern auch die Erinnerung an ihn fast gänzlich ausgelöscht. Und das, obwohl er die deutsche Populärkultur nachhaltig geprägt hat und Lieder mit seinen Texten bis heute weltbekannt sind, z.B. „Dein ist mein ganzes Herz“.

Geboren wird er als Bedřich Löwy am 24. Juni 1883 in Wildenschwert/Ústí nad Orlicí, Böhmen. Seine Eltern, gutsituierte Kaufleute, ziehen 1887 mit ihm und seinem Bruder nach Wien, wo sie ihren Namen in „Löhner“ ändern. Schon während seiner Zeit im Gymnasium in der Kundmanngasse verfasst er pointierte Gedichte und Skizzen. Da das Publizieren für Schüler verboten ist, zeichnet er seine Veröffentlichungen im „Simplicissimus“ und in der „Jugend“ mit Beda (die Kurzform von Bedřich, tschechisch für Friedrich). Den Namen Fritz Löhner-Beda verwendet er – auch in verschiedenen Kombinationen – ein Leben lang.

Nach der Matura studiert er an der Wiener Universität Rechtswissenschaften und promoviert im März 1908. Während seines Studiums wird er Mitglied der jüdischen Studentenverbindung Kadimah Wien (Näheres zu Kadimah siehe „Jüdisches Leben in der Josefstadt“). Er absolviert zwar eine Advokaturspraxis, entscheidet sich dann aber für ein Leben als freier Schriftsteller.

Bereits 1908 erscheint sein erster Gedichtband „Getaufte und Baldgetaufte“ und im Jahr darauf der zweite „Israeliten und andere Antisemiten“. Die Titel dieser Bücher lassen klar Löhners entschiedene Haltung in Bezug auf Assimilation und Konversion erkennen. Seine Gedichte werden bei zionistischen Veranstaltungen mit großer Begeisterung vorgetragen.

Der hervorragende Fußballspieler engagiert sich auch für die Gründung eines jüdischen Sportvereins (nicht nur in Studentenverbindungen, auch in Sportvereinen wird Juden und Jüdinnen zunehmend die Mitgliedschaft verwehrt) und wird als Gründungsmitglied 1909 zum ersten Präsidenten des Wiener Sportvereins „Hakoah“ (Die Kraft) gewählt.

In den folgenden Jahren arbeitet er für verschiedene Zeitungen, veröffentlicht weitere Bücher und avanciert zum ständigen Mitarbeiter der drei renommiertesten Wiener Kabaretts: „Hölle“, „Fledermaus“ und „Simplicissimus“. Auch die ersten Libretti für Singspiele und kleine Operetten entstehen zu dieser Zeit und seine Zusammenarbeit mit Franz Lehár beginnt.

Während des 1. Weltkriegs wird Fritz Löhner-Beda als Schreiber eingesetzt und schwimmt willig auf der Welle der allgemeinen Kriegsbegeisterung mit. 1915 schreibt er z.B. das „Trutzlied“, das Lehár in seinen Liederzyklus „aus eiserner Zeit“ aufnimmt,

Fritz Löhner-Beda, Anfang der 1930er Jahre

den er dem deutschen Kaiser ‚in tiefster Ehrfurcht' widmet.

Am Ende des Krieges heiratet er Anna Akselradi, die Mutter seines ersten Kindes Bruno (geb. 1917). Bruno wird später als einziger der Familie in die USA emigrieren und so überleben. Die Ehe wird 1925 geschieden und unmittelbar darauf heiratet Fritz Löhner-Beda Helene Jellinek, seine große Liebe.

Der Schlagerboom der 1920er Jahre wird von Fritz Löhner wesentlich mitgeprägt. Als Beda schreibt er mehrere hundert Schlagertexte. Viele davon werden umgehend zu „Gassenhauern" und später zu „Evergreens": Lustig-frivole wie „Was machst Du mit dem Knie, lieber Hans?", „Es geht die Lou Lila", „In der Bar zum Krokodil" ebenso wie romantisch-kitschige wie „Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren", „Oh, Donna Clara" oder„Drunt' in der Lobau". Fritz Löhner verfasst auch zahlreiche Texte für Schlager, die aus dem nicht-deutschsprachigen Raum importiert wurden. Seine bei weitem erfolgreichste Schlagertext-Adaption ist die des Shimmys „Yes, we have no bananas", woraus bei Löhner „Ausgerechnet Bananen" wird.

Außerdem schreibt er Beiträge für Revuen, Filmdrehbücher (u.a. „Hemmungslos" nach dem Kriminalroman von Hugo Bettauer) und ist einer der gefragtesten Librettisten seiner Zeit. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Co-Autoren und Komponisten wie Franz Lehár und Paul Abraham entsteht jedes Jahr eine große Operette: „Friederike" (1928), „Das Land des Lächelns" (1929), „Viktoria und ihr Husar" (1930), „Schön ist die Welt" (1930), „Die Blume von Hawaii" (1931), „Ball im Savoy" (1932), „Giuditta" (1934).

Diese Erfolge verschaffen Fritz Löhner-Beda Ansehen und ein beträchtliches Einkommen. 1934 wird er Vizepräsident der österreichischen Gesellschaft der Autoren, Komponisten und Musikverleger (AKM). Zu Beginn der 30er-Jahre ist er auf dem Höhepunkt seiner Karriere. 1932 zieht er mit seiner Familie in eine Wohnung in der Lange Gasse 46 in der bürgerlichen Josefstadt, die Helene luxuriös einrichtet. Für die beiden Töchter Liselotte (geb. 1927) und Evamaria (geb. 1929) wird noch ein Stockwerk dazu gemietet. Im selben Jahr kauft er die Villa Felicitas (Schratt-Villa) in Bad Ischl und macht sie seiner Frau Helene zum Geschenk.

„Giuditta" war die letzte große Operette mit einem Libretto von Fritz Löhner. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland ist ihm als Jude der deutsche Markt verschlossen. Für die kleineren und weniger finanzstarken österreichischen Bühnen entstehen nun eher kleiner angelegte Singspiele.

Fritz Löhner-Beda ist für seine bewusst jüdische Haltung bekannt und macht aus seiner Ablehnung der Nazis kein Hehl. Beim Betreten seines Stammcafé , des Café Heinrichshof ruft er regelmäßig dem Ober zu: „Bringen Sie mir den Völkischen Beobachter! Ich möchte sehen, was der Tapezierer macht!" Schon 1934 gerät er – durch Denunziation – in das besondere Blickfeld des damaligen „Reichsdramaturgen" Rainer Schlösser, der direkt an Joseph Goebbels berichtet.

Nach dem „Anschluß" gehört Fritz Löhner zu den besonders gefährdeten Personen und wird von seinen Freunden bestürmt, ins Ausland zu fahren. Er weigert sich: „So schlimm wird es nicht werden." Wenige Tage nach dem Einmarsch deutscher Truppen wird Fritz Löhner-Beda verhaftet und mit dem ersten Transport am 1. April nach Dachau deportiert. In diesem „Prominententransport" sind u.a. auch Fritz Grünbaum und Hermann Leopoldi.

Seine Konten werden gesperrt, ein Grundstück in der Degengasse in Ottakring beschlagnahmt. Das gesamte Vermögen wird nun von der Gestapo verwaltet. Das bedeutet für Helene Löhner, dass sie keinerlei Zugriff mehr darauf hat und nur das Geld bekommt, das ihr die Gestapo zugesteht. Sie fährt mit ihren beiden Töchtern nach Ischl, will in der Villa Felicitas die Sommermonate verbringen und auch Zimmer vermieten, um an etwas Bargeld zu kommen. Sie kann nicht wissen, dass ihre Villa unter anderen schon im April/Mai 1938 in deutschen Zeitschriften zum Verkauf angeboten wurde.

Ziemlich bald nach dem „Anschluß" war nämlich Ing. Wilhelm Haenel – mehr oder weniger selbst ernannt – „VJB Beauftragter" (VJB = Verwaltung jüdischen Besitzes) für Bad Ischl geworden. Unter Beiziehung des entsprechend gesinnten Rechtsanwaltes Dr. Konrad sowie des Leiters der Sparkasse Bad Ischl betreibt er die Enteignung von über neunzig Liegenschaften in jüdischem Besitz mit großem Nachdruck und zwar noch vor der Einsetzung der „Vermögensverkehrsstelle" in Wien und später auch an ihr vorbei.

Helene Löhner wird erstmals im Juli zur Ortsgruppenleitung zitiert und aufgefordert, die Villa Felicitas an das Land Oberdonau zu verkaufen, da ihr der Besitz nicht mehr zustehe. Ortsgruppenleiter Anton Kaindlsdorfer legt Denunziationen von „Volksgenossen" vor, die Helene Löhner und ihren Mann belasten. Diese „wilde Arisierung" hat zu diesem Zeitpunkt allerdings auch nach nationalsozialistischen Gesetzen keinerlei Rechtsgrundlage. Frau Löhner hätte ihren Besitz unter Genehmigungspflicht durch die NSDAP theoretisch bis Februar 1939 selbst veräußern können, mit der Auflage, nur an „Arier" zu verkaufen. Nachdem sie nicht bereit ist, in diesen Zwangsverkauf einzuwilligen, nehmen die Schikanen und Drohungen zu.

Neben dem „Verkauf" der Villa gibt es aber noch eine Angelegenheit, in der Helene Löhner gezwungen ist, in Schriftwechsel mit den Behörden dieses Unrechtsregimes zu treten.

Ungeachtet dessen, dass ihr Mann sich schon seit März in „Schutzhaft" befindet, fordert ihn die Vermögensverkehrsstelle im Juli auf, sein Vermögen anzumelden, wozu auch die Rechte an mehreren Operetten, darunter so erfolgreiche wie „Land des Lächelns" und „Giuditta" gehören. Dafür verlangt sie von dem KZ-Insassen eine Fülle verschiedenster Nachweise und lädt ihn schließlich im August sogar vor. Dieser Situation ohnmächtig ausgesetzt, wendet sich die Familie Löhner an einen Anwalt. Fritz Löhner-Beda schickt ihm aus Dachau eine nur aus dem Gedächtnis verfasste Vermögensaufstellung und bittet Dr. S. ihn zu vertreten. In dem Brief den dieser an die Vermögensverkehrsstelle richtet, wird die Perfidie des Vorgehens dieser Behörde deutlich – so weist der Anwalt Dr. S. darauf hin, dass jeder Brief den er mit Fritz Löhner-Beda wechselt, dazu führt, dass die spärliche Möglichkeit des Briefwechsels mit dessen Familie noch weiter eingeschränkt wird.

Am 22. September 1938 wird Fritz Löhner-Beda mit anderen Österreichern vom KZ Dachau in das KZ Buchenwald überstellt. Nebeneinander gehen Fritz Löhner und Fritz Grünbaum durch das Tor mit der eisernen Schrift „Jedem das Seine". Grünbaum und der kranke 55-jährige Löhner werden zum Leeren der Latrinen eingeteilt, aber das illegale Lagerkomitee schafft es, die beiden in der Strumpfstopferei unterzubringen, wo die Arbeit leichter und damit die Überlebenschance größer ist.

Die Auswirkungen der Novemberpogrome sind bekannt. Weniger bekannt ist, dass auch die Menschen, die bereits in KZs inhaftiert waren, von den gleichen Vergeltungsaktionen der Nazis betroffen waren. Nach dem Attentat auf den deutschen Gesandtschaftsrat Ernst vom Rath in Paris brennen in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 die Synagogen und es werden in Wien 7800, im gesamten Hitlerreich geschätzte 60.000 Juden verhaftet. 12.000 davon werden in das KZ-Buchenwald getrieben. Sie werden in Holzbaracken untergebracht, die weder Fenster noch Waschgelegenheiten haben und jeweils für höchstens 500 Gefangene geeignet sind. Dort werden 12.000 Menschen zusammengepfercht, ohne Stroh zur Unterlage, ohne Wasser zur Reinigung und die Notdurft müssen sie in völlig ungeeignete Latrinenfässer verrichten. Da weder bei ihrer Verhaftung, noch in Buchenwald Personalaufnahmen erfolgten und sie vom Augenblick ihrer Festnahme her noch ihr Geld und ihre Wertsachen bei sich tragen, bietet dies der SS eine höchst willkommene Gelegenheit, sich an ihnen zu bereichern. Die sogenannte „Rathaktion“ erstreckt sich auch auf jene Häftlinge jüdischer Abstammung, die sich schon vor dem Attentat im Lager befunden haben. Gegen sie verordnet die SS-Lagerführung: Kantinensperre und Rauchverbot, kein Essen am Sonntag, dafür aber Sonntagsarbeit bis zum Abend, wochentags verlängerte Arbeitszeit, völlige Briefsperre, Kürzung der Essens- und der Brotration und Verbot jeder ärztlichen Behandlung. In diesen Tagen zeigt sich die Häftlingssolidarität des übrigen Lagers, da von nichtjüdischen Häftlingen des Krankenreviers auf komplizierten und gefährlichen Wegen Verbandszeug und Medikamente in die „Judenbaracken“ geschmuggelt werden.

Die weltweiten Proteste gegen die Synagogenstürmungen und Massenverhaftungen veranlassen die Reichsbehörden, die Entlassung von „Kristallnachthäftlingen“ anzuordnen. 250 mittellose Häftlinge werden allerdings nicht freigelassen, sondern in das Häftlingslager überstellt.

In Wien führt indes Helene Löhner ihren mutigen und verzweifelten Kampf gegen die NS-Behörden weiter. Ing. Haenel und Dr. Konrad, die weiterhin mit der „Arisierung“ jüdischer Vermögen befasst sind, beziehen im November 1938 vorübergehend ein Büro in Wien: „Die früheren brieflich gepflogenen Verhandlungen haben wegen der Hinterhältigkeiten der Juden nicht zu dem gewünschten Erfolge geführt, sodass es im Interesse einer rascheren Arisierung notwendig war, mit den Juden in Wien direkt mündlich zu verhandeln.“ Jahre später, nach seiner Verhaftung 1945 gibt Haenel folgendes zu Protokoll: „Ich muß noch erwähnen, dass Dr. Konrad und ich im Jahre 1938 im Auftrage der Landesregierung (Landesrat Danzer) nach Wien fuhren und dort sämtliche jüdische Realitätenbesitzer sofern die Besitzungen in unserem hiesigen Wirkungsbereich waren, zum Erscheinen aufforderte und sie mit mehr oder weniger energischer Art aufforderten, Kaufverträge zu unterschreiben. Die meisten taten es auch, da sie durch das Vorgehen der Wiener NSDAP bereits sehr eingeschüchtert waren.“

Helene Löhner schildert ihre Vorladung in Wien, die am 17. November stattfand, folgendermaßen:

> „... Am 15. November 1938 wurde ich angerufen, ich solle zur Gauleitung Oberdonau der NSDAP am Schubertring 8 wegen Verkaufes meines Hauses in Bad Ischl, Steinbruch 43, kommen. An einem der nächsten Tage ging ich hin, es waren dort anwesend Dr. Franz Konrad, Rechtsanwalt aus Bad Ischl, sowie der Bevollmächtigte des Gaues Oberdonau, Herr Ingenieur Haenel. Die Herren erklärten mir, ich müsse mein Haus in Bad Ischl verkaufen, und diktierte Herr Rechtsanwalt Dr. Konrad seiner gleichfalls anwesenden Ehefrau einen Kaufvertrag in die Schreibmaschine. Dr. Konrad erklärte, die Schätzungssumme sei zu hoch, das Haus sei Rmk. 40 000,- wert, das Land Oberdonau gebe mir Rmk. 8 000,- und ich habe alle Kosten zu tragen. Ich nahm mir den Vertrag mit nach Hause und wollte mir die Sache überlegen. Schon am nächsten Tag rief mich Dr. Konrad an und drohte mir, dass mein in Schutzhaft befindlicher Ehemann überhaupt nicht mehr herauskomme, wenn ich den Vertrag nicht unterschreibe und anderes mehr. Ich konnte mir daher nicht anders helfen, und unterschrieb am 23. November 1938 den Vertrag. Der fungierende Notar Dr. Conrad Krünes, Wien I., Riemergasse, weigerte sich zunächst, meine Unterschrift zu legalisieren, da der Vertragsinhalt meinem wirklichen Willen nicht entspreche, und lediglich unter Zwang handle. Hierauf drohte Dr. Konrad erneut und zwar damit, dass ich kein Geld mehr von der Bank beheben dürfe, sowie damit, dass er Mittel und Wege habe, mich zur Unterschrift zu zwingen, und wenn ich nicht unterschreibe, dass man mir mein Haus dann so wegnehme. Aufgrund dieser Drohungen konnte ich nicht anders handeln, als zu unterschreiben, da ich mit zwei kleinen Kindern allein dastehe....“

Nach Abzug der von Haenel willkürlich festgesetzten Spesen und Gebühren bleiben etwa RM 6200.-, die wiederum auf ein Sperrkonto eingezahlt werden, auf das Helene Löhner keinen Zugriff hat. Das Land Oberdonau verkauft im Mai 1939 die Villa einschließlich Inventar für 52.300 Reichsmark an den Rechtsanwalt Ludwig P. aus Linz.

Allerdings hat nach dem Novemberpogrom 1938 das Reichswirtschaftsministerium die Abwicklung der Veräußerung jüdischen Vermögens übernommen und damit den Ländern sämtliche Befugnisse entzogen. In Österreich ist jetzt der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Gauleiter Bürckel der Verantwortliche.

An diesen richtet Helene Löhner im März 1939 eine Beschwerde, in der sie die Rechtmäßigkeit des Verkaufs anzweifelt und anfragt „[…] ob der Kaufvertrag […] von der Abteilung Liegenschaften der Vermögensverkehrsstelle genehmigt worden ist oder genehmigt wird.“

Diese Anfrage muss vom Büro des Reichskommissars Bürckel behandelt werden, da die Geschäfte der beiden Herren in Bad Ischl ja rechtswidrig waren. Unter Druck und Rechtfertigungszwang, verfassen diese ein siebenseitiges Papier, dem sie mehrere protokollarisch festgehaltene Denunziationen von Ischlern beilegen und betonen „der Fall der Villa der Löhner in Bad Ischl war vollkommen korrekt, die Löhner hat die Villa im Sinne der Vertragsbestimmungen freiwillig dem Lande Oberdonau überlassen und versucht nun, den Kaufvertrag unter verlogenen Einwendungen zur Aufhebung zu bringen. […] Im übrigen müssen wir es der Gestapo überlassen, sich mit der Frau Beda Löhner aufgrund der Protokolle […] näher zu befassen, damit die Behörden von diesen Angriffen dieser Jüdin für alle Zukunft befreit sind.“

Am 27. März 1942, wenige Monate vor der Deportation Helene Löhners, ergeht ein

Das „Buchenwald Lagerlied“. Text: Fritz Löhner-Beda. Melodie: Hermann Leopoldi. Geschrieben und gezeichnet: unbekannter Häftling.

Urteil des Amtsgerichtes Wien, dessen Wortlaut nicht bekannt ist, doch dürfte die Rechtskraft des Kaufvertrages bestätigt worden sein, da der „Ariseur“, Rechtsanwalt Dr. Ludwig P. aus Linz bis zu den Rückstellungsverhandlungen nach 1945 als grundbücherlicher Eigentümer aufscheint.

1948 wird die Villa der in die USA emigrierten Schwester Helene Löhners, Bertha Halpert, rückübertragen. Sie verkauft an den Schauspieler und Kabarettisten Maxi Böhm und 1964 erwirbt die Opernsängerin Linda Plech die Villa, die als Gästehaus mit Ferienwohnungen, Restaurant, Seminar- und Konzertraum genutzt wird. Erst seit 2012 erinnert eine Gedenktafel an Persönlichkeit und Schicksal von Fritz Löhner-Beda.

Nach 1945 führt Konrad unbehelligt seine Anwaltspraxis weiter. Haenel wird verhaftet, aber bald als „minderbelastet“ eingestuft. Beide leben bis zu ihrem Tod als geachtete Bürger in Bad Ischl.

Die Löhner Wohnung in der Lange Gasse wird in der NS-Zeit zur Sammelwohnung. Die Wohnung über zwei Stockwerke, in der die Familie Löhner ursprünglich allein gewohnt hat, wird nun von vielen Menschen bewohnt, die aus ihren ursprünglichen Wohnungen vertrieben wurden. Menschen werden von der NS-Verwaltung geradezu hineingestopft, zum Teil sind sie nur acht Wochen lang dort gemeldet, dann werden sie woandershin zwangseinquartiert. Helene Löhner, ihre Kinder und ihre Mutter, die nach der Verhaftung ihres Mannes zu ihr gezogen ist, wohnen dort bis zu ihrer Deportation.

In Buchenwald schreibt Fritz Löhner im Spätherbst des Jahres 1938 seinen vielleicht wichtigsten Liedtext. Eines Tages befindet der SS-Lagerführer Rödl, dass Buchenwald ein Lagerlied haben soll: „Wer ans mocht, der kriagt zehn Mark.“ Hermann Leopoldi und Fritz Löhner-Beda sind schon seit Dachau miteinander eingesperrt. Jetzt setzen sich die beiden zusammen und die Arbeitsaufteilung ist die gleiche wie schon bei ihrer Zusammenarbeit in den 20er-Jahren in Wien. Fritz Löhner-Beda schreibt den Text und Hermann Leopoldi die Melodie. Ein Kamerad aus dem Arbeitskommando Poststelle findet sich bereit, das Lied als seine Schöpfung auszugeben, denn ein Lagerlied von zwei Juden darf es natürlich nicht geben.

Buchenwaldlied
Wenn der Tag erwacht, eh die Sonne lacht,
die Kolonnen ziehn zu des Tages Mühn
hinein in den grauenden Morgen…
Und der Wald ist schwarz und der Himmel rot
und wir tragen im Brotsack ein Stückchen Brot
und im Herzen, im Herzen die Sorgen.
Halte Schritt, Kamerad, und verlier nicht den Mut,
denn wir tragen den Willen zum Leben im Blut
und im Herzen, im Herzen den Glauben.
O Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen,
weil du mein Schicksal bist.
Wer dich verließ, der kann es erst ermessen,
wie wundervoll die Freiheit ist.
O Buchenwald, wir jammern nicht und klagen,
und was auch unsre Zukunft sei,
wir wollen trotzdem Ja zum Leben sagen,
denn einmal kommt der Tag, dann sind wir frei.

Hermann Leopoldi schrieb zwanzig Jahre danach: „… Das Lied wurde blockweise einstudiert, und nach dem Kommando ‚Legt die Platte auf!‘ musste es von allen 24.000 Mann gesungen werden. So haben alle Kumpels es täglich zum Abmarsch zur Arbeit und nachher gesungen. Das Lied mit den Anfangszeilen ‚Oh Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen‘ und mit dem Endvers ‚Denn einmal kommt der Tag, dann sind wir frei!‘ war im Grunde revolutionär, aber die benebelten Gehirne unserer Antreiber sind nie draufgekommen.“

Im Titel seines 1946 erschienenen Erfahrungsberichts „…trotzdem Ja zum Leben sagen“ zitiert der Psychiater und KZ-Überlebende Viktor Frankl den Refrain des Buchenwaldliedes.

Franz Lehár, mit dem Löhner-Beda zwei Jahrzehnte intensiv zusammengearbeitet hatte, ist ein im Dritten Reich gefeierter Musiker. Der Name seines Librettisten Löhner-Beda scheint bei den Aufführungen seiner Werke nicht mehr auf. Lehár hatte sich immer mit den jeweils Herrschenden arrangiert. 1915 widmet er dem Deutschen Kaiser einen Liederzyklus, 1934 schreibt er einen ergebenen Brief an Benito Mussolini –

den Führer der Schutzmacht des Ständestaates – und widmet ihm seine neue Operette „Giuditta“ und am 20. April 1938 macht er Adolf Hitler ein Geburtstagsgeschenk: ein in Leder gebundenes Programmheft der 50. Aufführung der „Lustigen Witwe“. Hitler liebt die Musik Franz Lehárs. Ihm werden alle Schwierigkeiten, die seine Arbeitsmöglichkeiten begrenzen könnten, aus dem Weg geräumt, seine „nichtarische“ Frau Sophie bleibt unbehelligt. Fritz Löhner-Beda hofft seit seiner Verhaftung darauf, dass der „Lieblingskomponist des Führers“ sich für ihn und seine Familie einsetzen werde. Jahrelang. Unbeirrbar. „…denn einmal kommt der Tag, da sind wir frei“. Er hofft vergeblich.

Viktor Matejka vermerkte später in seiner Autobiographie: „Löhner musste sterben, weil Lehár ihn verdrängte. 1945 schrieb ich diesem, der in die Schweiz übersiedelt war. Er solle von den in der Hitlerzeit einkassierten Millionen freiwillig einen Betrag spenden für Hinterbliebene und Kollegen, die wie Beda im KZ umgekommen waren. Lehár schickte mir 20 Photos mit faksimilierter Unterschrift, ich solle sie verkaufen und den Erlös verwenden für … So billig zog sich einer – nicht viel anders als andere – aus der Affaire.“

Helene Löhner, ihre Mutter Charlotte Jellinek und die beiden Töchter, die knapp 15-jährige Liselotte und die 13-jährige Eva werden am 31. August 1942 nach Maly Trostinec deportiert und dort unmittelbar nach ihrer Ankunft ermordet.

Fritz Löhner-Beda erfährt nicht mehr, warum die Briefe seiner Familie ausbleiben. Am 17. Oktober 1942 wird er mit einem Transport 405 jüdischer Häftlinge von Buchenwald in das Vernichtungslager Auschwitz überstellt. Er kommt ins Außenlager Monowitz und muss im Buna-Werk der IG Farben Schwerstarbeit leisten. Die durchschnittliche Überlebensdauer beträgt drei bis vier Monate. Fritz Löhner-Beda ist fast 60 Jahre alt und hat viereinhalb Jahre Konzentrationslager hinter sich. Am 4. Dezember 1942 wird der letzte Rest Leben aus ihm herausgeprügelt, er wird totgeschlagen.

Quellen:

- Barbara Denscher, Helmut Peschina: Kein Land des Lächelns. Fritz Löhner Beda 1883-1942. Residenz Verlag, Salzburg/Wien/Frankfurt a. Main 2002
- Günther Schwarberg: Dein ist mein ganzes Herz. Die Geschichte von Fritz Löhner-Beda, der die schönsten Lieder der Welt schrieb, und warum Hitler ihn ermorden ließ. Steidl Verlag, Göttingen 2000
- https://www.doew.at/
- https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Stein_der_Erinnerung_-_BewohnerInnen_Skodagasse_15
- https://davidkultur.at/artikel/steine-der-erinnerung-in-der-josefstadt-irmtraut-karlsson-ueber-13-jahre-gedenkabeit-fuer-opfer-des-ns-regimes
- Irmtraut Karlsson, Manfred Kerry, Tina Walzer: … lebte in der Josefstadt. Steine der Erinnerung 1938-1945. Milena Verlag, Wien 2008
- Wolfgang Quatember: Die Arisierung der Schratt-Villa in Bad Ischl. https://memorial-ebensee.at/website/index.php/de/geschichte/18-salzkammergut-1938-45/14-arisierung-schrattvilla
- Ulrike Schmitzer und Matthias Widter: Die Causa Löhner – Der verzweifelte Kampf einer Frau. Film (A 2011): https://www.youtube.com/watch?v=0vo8a5Tptns
- Tina Walzer, Stephan Templ: Unser Wien. „Arisierung“ auf österreichisch. Aufbau-Verlag, Berlin 2001
- Erich Fein, Karl Flanner: Rot-Weiß-Rot in Buchenwald. Die österreichischen politischen Häftlinge im Konzentrationslager am Ettersberg bei Weimar 1938 bis 1945. Verein Alltag Verlag, Wiener Neustadt 2008

6

Hugo Bettauer - Kontinuitäten des Antisemitismus

Beitrag von Peter Larndorfer, mit Einverständnis des Autors von der Redaktion gekürzt

Am Dienstag, dem 10. März 1925 betritt der 20-jährige Zahntechnikergehilfe Otto Rothstock gegen 10:30 Uhr ein Haus in der Lange Gasse 5-7, in dem sich das Redaktionsgebäude der Zeitschrift „Bettauers Wochenschrift“ befindet. Der junge, schmächtige Mann fragt nach dem Herausgeber der Zeitschrift, Hugo Bettauer, weil er einen Brief zu übergeben habe. Da die Redaktion der Zeitschrift eine bekannte Anlaufstelle für Hilfesuchende in persönlichen oder sozialen Notlagen ist, sind die Mitarbeiter*innen solch überraschende Besuche gewohnt. Doch Bettauer, so wird ihm von einer jungen Angestellten mitgeteilt, sei nicht im Haus und werde erst ab 15:00 Uhr wieder zu sprechen sein. Rothstock verlässt das Gebäude wieder, fährt zuerst ins Café Kronprinz auf der Wiedner Hauptstraße um Zeitung zu lesen und dann nach Hause in die elterliche Wohnung. Gegen 14:30 Uhr taucht er wieder in der Lange Gasse auf und läuft dort mit seinem Brief in der Hand vor dem Redaktionsgebäude von „Bettauers Wochenschrift“ auf und ab. Er fragt erneut nach Hugo Bettauer, wird erneut auf später vertröstet und beschließt, vor dem Hauseingang zu warten.

Gegen 15:00 Uhr fährt ein Taxi vor, aus dem ein älterer Herr steigt, den Rothstock als Hugo Bettauer identifiziert. Er folgt Bettauer ins Haus und betritt das Vorzimmer der Redaktion fast zeitgleich. Als Bettauer in sein Büro gehen will, überreicht Rothstock ihm den Brief. Das Täuschungsmanöver gelingt, Bettauer hält den jungen Mann für einen Boten und bittet ihn in sein Büro. Nachdem er das Büro betreten hat, schließt Rothstock unbemerkt die Zimmertür ab. Während Bettauer beginnt, den Brief zu lesen, nähert sich Rothstock dem Autor und Verleger auf zwei Schritte und feuert mit den Worten „So, da hast du!“ einen Schuss auf Bettauer ab. Dieser blickt auf, sieht den Revolver in Rothstocks Hand, schreit um Hilfe und versucht, sich mit der Schreibtischlampe zur Wehr zu setzen. Daraufhin schießt Otto Rothstock viermal auf Bettauer. Der verletzte Autor schafft es noch, aus dem Büro zu stolpern, eine zufällig anwesende Krankenpflegerin und ein herbeigerufener Arzt leisten Erste Hilfe. Danach wird er ins Krankenhaus eingeliefert. Die schweren Verletzungen machen eine sofortige Operation notwendig.

Rothstock verschanzt sich währenddessen in Bettauers Büro und beginnt, wahllos Manuskripte, Schriftstücke, Briefe und Fotos, die er im Büro Bettauers findet, zu vernichten. Als die Polizei die Büroräume der Wochenzeitschrift betritt, ergibt der Attentäter sich widerstandslos. Er wird wegen versuchten Mordes in Haft genommen, ins Polizeikommissariat Josefstadt gebracht und dort befragt. Rothstock gibt zu Proto-

koll, er hätte Bettauer wohlüberlegt mit dem Ziel aufgesucht, ihn zu töten und sei sich der Folgen seiner Tat vollkommen bewusst gewesen. Zu seiner politischen Gesinnung befragt, erklärt er, zwar bis vor kurzem Mitglied der NSDAP gewesen zu sein, doch seine Tat selbstständig und ohne vorherige Absprache mit anderen Personen ausgeführt zu haben.

Hugo Bettauer scheint sich in den folgenden Tagen gut von der Operation, bei der er viel Blut verloren hat, zu erholen – die behandelnden Ärzte sehen die Lebensgefahr abgewandt. Schon wenige Tage nach der Operation kann Bettauer polizeilich zum Tathergang befragt werden. Doch plötzlich verschlechtert sich sein Zustand erneut: Eine Kugel, die in der Magengrube eingedrungen war und immer noch in Bettauers Körper steckte, löst eine Entzündung aus. An dieser Folge des Attentats verstirbt der Schriftsteller und Herausgeber Hugo Bettauer am 26. März 1925 gegen 6 Uhr morgens im Alter von 52 Jahren.

Wer war Hugo Bettauer?

Maximilian Hugo Bettauer wird am 18. August 1872 als jüngstes dreier Kinder geboren und wächst in einem jüdisch-bürgerlichen Elternhaus auf. Er besucht das Kaiser-Franz-Joseph-Gymnasium auf der Stubenbastei, wo er ein Mitschüler seines späteren scharfen Kritikers Karl Kraus ist. Im Alter von 16 Jahren entflieht er seinem Elternhaus und schlägt sich bis Alexandria durch, wird dort jedoch aufgegriffen und zurück nach Wien gebracht. Im selben Jahr konvertiert Bettauer vom jüdischen zum evangelischen Glauben, weil er sich so bessere Chancen auf eine Karriere bei der Armee ausrechnet, bricht seinen Dienst jedoch nach fünf Monaten ab und beginnt ein Studium der Philosophie in Zürich. Es folgen Aufenthalte in New York, Berlin, München und Hamburg, zunächst mit seiner ersten Frau Olga Steiner und später mit Helene Müller, seiner zweiten Frau. 1910 kehrt Hugo Bettauer mit seiner Frau nach Wien zurück und schreibt dort für verschiedene Zeitungen. Nach dem Krieg nutzt Bettauer seine Verbindungen in die USA, um amerikanische Unterstützung für die notleidende Wiener Bevölkerung zu organisieren. Die Arbeit im sozialen Bereich, die Unterstützung von Menschen, die in Not geraten sind, führt er bis zu seinem Lebensende engagiert weiter. Die triste soziale Lage, der zunehmende Antisemitismus der konservativen und deutschnationalen Rechten und sein soziales Engagement bringen Bettauer in die Nähe der Sozialdemokratie, deren Mitglied er jedoch zu keiner Zeit ist.

Die Stadt ohne Juden

Der bekannteste seiner Romane erscheint 1922. In „Die Stadt ohne Juden. Ein Roman von übermorgen“ macht die Wiener Bevölkerung die „Verjudung“ des Landes für die steigende Inflation und die damit verbundenen Probleme verantwortlich. Daher beschließt die Regierung die „Ausweisung der nichtarischen, deutlicher gesagt, der jüdischen Bevölkerung aus Österreich“ unter dem Jubel tausender antisemitischer Bürger*innen. Die Rede des Bundeskanzlers zum Gesetzesbeschluss wirkt, als hätte Bettauer die Zukunft vorausgeahnt. Dieser wirft den Juden und Jüdinnen vor, „die Presse und damit die öffentliche Meinung in der Hand“ zu haben, „an den leitenden Stellen in den Großbanken“ und „an der Spitze fast sämtlicher Industrien“ zu sitzen, die Theater zu besitzen, die Stücke zu schreiben, die darin aufgeführt werden – kurzum: Bettauer verpackt in die Rede des Bundeskanzlers sämtliche schon in den 1920er Jahren gängigen antisemitischen Vorurteile und Klischees.

Hugo Bettauer

Dieses wichtigste Werk Bettauers wird mehr als 250.000 Mal verkauft, als Bühnenstück umgesetzt und verfilmt. In der Verfilmung von Hans Karl Breslauer aus dem Jahr 1924 findet sich allerdings lediglich die Grundidee Bettauers wieder. Die zahlreichen tagespolitischen Anspielungen fehlen: So wird im Buch der Wiener Bürgermeister „Karl Maria Laberl“ als Ebenbild Karl Luegers beschrieben und zahlreiche andere Figuren aus dem Buch weisen wohl kaum zufällige Ähnlichkeiten mit Politikern der Ersten Republik auf.

Bettauer ist es in „Die Stadt ohne Juden“ gelungen, Antisemitismus, das „Thema des Tages“ aufzugreifen und in eine satirische und pointierte Geschichte umzusetzen. Das Buch wird von zahlreichen Antisemit*innen als Angriff gegen das „arische Wien“ verstanden und mit aggressivem Unterton zerrissen. Doch auch die jüdische Gemeinde verurteilt Bettauers Buch, da sie einen Bumerangeffekt befürchtet: Der Antisemitismus ist im Wien der 1920er Jahre so stark, dass ein Angriff darauf kaum abschätzbare Folgen haben kann. Aus heutiger Sicht handelt es sich bei Bettauers „Stadt ohne Juden“ um ein Plädoyer für Toleranz und Menschlichkeit, auch wenn er die jüdische Bevölkerung Wiens den verbreiteten Stereotypen gemäß darstellt. Das mag heute etwas befremdlich wirken, doch liegt dies wohl auch daran, dass zwischen Bettauers Zeit und der unseren ein unvorstellbar grausames Kapitel der Geschichte liegt, das die satirische Betrachtung von Antisemitismus und „dem Jüdischen“ in Wien verunmöglicht hat.

Hugo Bettauer als Zielscheibe des Antisemitismus

Vor allem in Zusammenhang mit seinem Engagement für einen liberalen Umgang mit Sexualität und gegen die bürgerliche Doppelmoral wird Hugo Bettauer zur Zielscheibe antisemitischer Agitation. Schon in seinen Romanen arbeitet der Autor mit der für ihn charakteristischen Sexualmetaphorik und schreibt auf eine derart offene Weise über

die sexuellen Abgründe seiner Romanfiguren, dass seine Werke immer wieder der Zensur zum Opfer fallen. Im Wien der 1920er Jahre entscheiden das Jugendamt, der Stadtschulrat und der Landeshauptmann über die Zensur von als pornographisch empfundenen Stücken: §12 des Pressegesetzes gibt den zuständigen Behörden die Möglichkeit, „Druckwerke (…) die durch Ausnutzung der jugendlichen Triebe das sittliche Wohl der Jugend gefährden, von jeder Verbreitung an Personen unter achtzehn auszuschließen oder ihren Vertrieb (…) überhaupt (zu) untersagen." Im Wien der Ersten Republik sind sämtliche Instanzen, die über ein derartiges Verbot zu entscheiden hatten, sozialdemokratisch besetzt. Aus diesem Grund kommt es in vielen Fällen zu Konflikten mit der bürgerlicher Bundesregierung, da im „Roten Wien" nach Meinung der Christlichsozialen Partei zu liberal mit „unsittlichen" Publikationen verfahren wird.

Bettauers jüdische Abstammung spielt in der Frage der (Un-)Sittlichkeit seiner Schriften eine wichtige Rolle. So beschreibt etwa die katholische Kirche jener Zeit alles, was sie als unsittlich empfindet, mit dem Attribut „jüdisch" – Hugo Bettauer ist für sie der Inbegriff „jüdischer Moral". Vor allem seit Bettauer 1924 gemeinsam mit Rudolf Olden die Zeitschrift „Er und Sie. Wochenschrift für Lebenskultur und Erotik" ins Leben gerufen hat, wird er vermehrt zur Zielscheibe moralisierender, antisemitischer Agitation. In dieser Zeitschrift will Bettauer die „Beziehungen zwischen Mann und Weib aus einer verlogenen Pseudomoral zur sittlichen, freien Höhe emporheben" und so die „erotische Revolution" vorantreiben. Er bietet seinen Leser*innen leicht verständliche Ratschläge zu Problemen ihres Sexuallebens. Außerdem finden sich in Bettauers neuer Zeitschrift ein Fortsetzungsroman, Kontaktanzeigen und verschiedene Glossen. In diesen thematisiert Bettauer die sexuelle Unfreiheit der Frau, fordert die Straffreiheit der Abtreibung und ein Ende der Verfolgung Homosexueller. Damit trifft Bettauer einmal mehr den Nerv der Zeit: Das hochgehaltene romantisch-bürgerliche Idealbild der liebevollen Ehe und Familie ist längst überholt – vorehelicher Sex, Ehebruch, Prostitution und illegale Abtreibungen sind im Wien der 1920er Jahre weit verbreitet.

Bereits die dritte Ausgabe von „Er und Sie" wird von der Wiener Landespolizeidirektion an das Jugendamt und den Stadtschulrat weitergeleitet, um ein Verkaufsverbot nach §12 zu erwirken. Der Leiter des Wiener Jugendamtes, Dr. Julius Tandler, unterstützt in einem Gutachten diese Forderung, da die Zeitschrift, trotz „berechtigter Forderungen nach gewissen gesetzlichen Reformen", für „die Gesellschaft in gesundheitlicher, bevölkerungspolitischer und sittlicher Beziehung eine große Gefahr" darstelle. Er stellt den Antrag auf Verkaufsverbot nach §12 des Pressegesetzes. Daraufhin beschlagnahmt die Wiener Polizei die verfügbaren Ausgaben der Zeitschrift, ohne eine Entscheidung der zweiten berufenen Behörde, des Wiener Stadtschulrates, abzuwarten. Es folgt eine langwierige politische Auseinandersetzung um die Verbreitung von „Er und Sie": Zuerst lässt Bürgermeister Karl Seitz das rechtlich nicht korrekt zustande gekommene Verbreitungsverbot aufheben, es folgen heftige Angriffe des christlichsozialen Bundeskanzlers und Prälaten Ignaz Seipel gegen Bettauers „Schmutzschrift" und die Wiener Sozialdemokratie, die diese „Flut der Pornographie" unterstütze. Unmittelbar danach leitet die Wiener Staatsanwaltschaft Erhebungen gegen Bettauer wegen Vergehen gegen die Sittlichkeit, Kuppelei, Herabwürdigung öffentlicher Organe und Herabwürdigung der Ehe, der Familie bzw. Gutheißung unsittlicher Handlungen ein. Die Antwort auf Seipels Anschuldigungen folgt bei der nächsten Nationalratssitzung, in der Seitz sich vehement gegen die Angriffe wehrt und in Richtung Seipel meint, dass die Bevölkerung einer Weltstadt eben eine andere Einstellung zu Sexualität habe als „irgendein Mönch in seiner klösterlichen Abgeschiedenheit." Damit wird die Auseinandersetzung um Bettauers Zeitschrift zu einer öffentlichen, polemisch geführten parteipolitischen Kontroverse. Dabei tritt der konkrete Anlassfall der Debatte rasch in den Hintergrund und der christlichsoziale Wiener Gemeinderatsabgeordnete Anton Orel spricht klar aus, worum es nun zu gehen habe: um den Kampf gegen die „jüdische Schweinerei" und die „jüdische Vergiftung" – wenn notwendig mittels „Selbsthilfe".

Im Zentrum dieses Kampfes steht die Person Hugo Bettauer. So erscheint ab Mitte März 1924 die Zeitschrift „Der Zitterrochen", die laut Untertitel „der Entlarvung und Brandmarkung schädlicher Zeitgenossen" gewidmet ist. Die erste Ausgabe dieser Zeitschrift heißt bezeichnender Weise die „Bettauer-Nummer", die sich eingehend mit dem Herausgeber von „Er und Sie" beschäftigt. Auch die den Christlichsozialen nahestehende Zeitschrift „Wiener Stimmen" beteiligt sich engagiert an der Hetze gegen Bettauer und fordert die jüdischen Zeitungen auf, klar gegen den Herausgeber Stellung zu beziehen: „Die Duldung und Förderung des Kupplers Bettauer wäre ein Verbrechen, das die jüdische Gesellschaft würde bitter büßen müssen." Auch die parteipolitische Auseinandersetzung um Bettauer trägt immer klarere antisemitische Züge. Die christlichsoziale Wochenzeitung „Volkssturm" mit dem bezeichnenden Untertitel „Gegen Judaismus, Materialismus, Kapitalismus" veröffentlicht Auszüge aus einem Sitzungsprotokoll des Wiener Gemeinderates, in dem der bereits erwähnte Anton Orel wie folgt zitiert wird: „Wenn der Bürgermeister gewusst hätte, was er zu tun hat, dann hätte er diesem Juden einen Fußtritt versetzt und ihn zur Türe hinauswerfen müssen." Die Sitzung endet mit Zwischenrufen von Seiten der Christlichsozialen und der Deutschnationalen („Bettauer-Bürgermeister!" „Wir lassen uns diese jüdischen Schweinereien nicht gefallen!"), Schreiduellen und einem Handgemenge zwischen den sozialdemokratischen Abgeordneten und den rechten Fraktionen. Die gegen Bettauer agitierenden Medien übertreffen sich währenddessen mit Beschimpfungen: Bettauer sei „ein größerer Verbrecher als ein Raubmörder", ein „jüdisches Schwein", ein „geiles Untier" und eine „räudige Talmudseele". Vor allem christlichsoziale und nationalsozialistische Blätter hetzen mit inszenierter moralischer Entrüstung und antisemitischen Stereotypen gegen Bettauer und seine Zeitschrift. Auffallend ist dabei, dass sich beide politischen Lager desselben Wortlautes bedienen.

Am 1. April 1924 veröffentlicht Bettauer eine 16-seitige Schrift unter dem Titel „Meine Verteidigung" – im Selbstverlag und auf eigene Kosten, denn keine Wiener Zeitung ist bereit, eine Stellungnahme Bettauers abzudrucken. Bettauer konstatiert eine tiefgehende Spaltung der Wiener Gesellschaft. Auf der einen Seite seien seine Gegner*innen, die er beim Namen nennt: vom Wiener Polizeipräsidenten Schober (der sich auf Grund seines Schießbefehls anlässlich der Demonstration gegen das Schattendorf-Urteil einen Namen als „Arbeitermörder" machen wird) und den Herausgebern verschiedener Zeitungen über christliche Frauenvereine bis zu den Vertretern des Klerus, an deren Spitze Bundeskanzler Seipel steht. Auf der anderen Seite sei Wien keineswegs geschlossen gegen ihn, vielmehr erhalte er tausende zustimmende Zuschrif-

Gedenktafel am Hugo-Bettauer-Platz

ten von „machtlosen Menschen, Menschen mit Gefühl und warmen Herzen." Bundeskanzler Seipel wolle seine moralischen Ansichten, die eines Prälaten, dem ganzen Volk aufzwingen. Er freue sich auf den Prozess in dem er „zwölf Männern und Frauen aus dem Wiener Volke" gegenüber stehen werde, die ihn von den Vorwürfen freisprechen würden. Im Juni 1924 erstellt die Staatsanwaltschaft Wien eine 11-seitige Anklageschrift gegen Bettauer und seinen Mitherausgeber Olden, in der beide beschuldigt werden, durch verschiedene Artikel „unsittliche und durch das Gesetz verbotene Handlungen angepriesen und zu rechtfertigen" versucht hätten. Außerdem hätten die Herausgeber sich „aus der Ausnützung der im Volke schlummernden sinnlichen Triebe nur ein erträgnisreiches Einkommen schaffen" wollen.

Im September 1924 kommt es unter großem Interesse der Öffentlichkeit zum Prozess gegen Hugo Bettauer und Rudolf Olden. Bettauer meint in seinem Eingangsstatement, dass es in diesem Prozess in Wahrheit nicht um seine Zeitschrift und deren behauptete Unsittlichkeit gehe, sondern um einen reaktionären Plan mit dem Ziel, ihn mundtot zu machen. Beide Angeklagten erklären sich folglich für nicht schuldig, vor allem was den Vorwurf der „Kuppelei" betrifft: Sie hätten anstößige Annoncen nicht abgedruckt, außerdem fänden sich in zahlreichen gutbürgerlichen Zeitungen ähnliche Kontaktanzeigen. Im weiteren Verlauf des ersten Prozesstages werden die betroffenen Annoncen – unter Ausschluss der Öffentlichkeit – verlesen. Schon am nächsten Tag sind die Geschworenen aufgerufen, ihr Urteil zu verkünden: Bettauer und Olden werden in allen Anklagepunkten freigesprochen, zwei der fünf konfiszierten Ausgaben von „Er und Sie" werden wieder freigegeben. Mit einem so günstigen Ausgang konnte selbst Bettauer nicht rechnen.

Damit ist Bettauer zwar juristisch von allen Vorwürfen freigesprochen, die Auseinandersetzungen um seine Person werden dadurch jedoch verschärft. Einige liberale Zeitungen begrüßen den Ausgang des Prozesses als Beweis für das Ende des „Metternichschen Bevormundungssystems", die zahlreichen Gegner*innen Bettauers in den Medien sind durch den Prozessausgang jedoch verbitterter als zuvor: Das Urteil wird als parteilich bezeichnet, da ein Großteil der Geschworenen sozialdemokratische Sympathisant*innen gewesen seien, die katholisch-antisemitische Zeitschrift „Volkssturm" titelt „Hinweg mit der Judenschande" und hetzt gegen das „entartete Volk" im „judenrepublikanischen Wien" und der Nationalsozialist Kaspar Hellering betitelt seinen Leitartikel in der Deutschen Arbeiter Presse gar mit „Auf zur Selbsthilfe": Es sei höchste Zeit, „daß alle noch anständigen Menschen – da die Staatsgewalt hier völlig versagt – zu rücksichtsloser Selbsthilfe greifen", um „wieder unbeugsames deutsches Recht, deutsche Sitte, deutsche Ordnung und Sicherheit im Staate herzustellen." Zwei Monate später, im Dezember, schreibt Hellering, dass Bettauer „längst gelyncht gehört", im Februar 1925, er sei „auszurotten". Einen Monat später ermordet Otto Rothstock Hugo Bettauer. Der Täter ist, genau wie Hellering, Nationalsozialist. Wegen dieser Hetzartikel gibt es – im Gegensatz zu den erotischen Texten Bettauers – übrigens keine pressegerichtlichen Erhebungen.

Die Reaktionen auf den Tod des Autors und Herausgebers sind gespalten: Unzählige Anhänger Bettauers trauern und versammeln sich vor dem Redaktionsgebäude in der Lange Gasse. Bettauers Werk positiv gegenüberstehende Zeitungen vermuten hinter dem Attentat ein nationalsozialistisches Mordkomplott und beschuldigen die Behörden, kein Interesse daran zu haben, diesem Verdacht nachzugehen. Die nationalsozialistische Presse hingegen feiert Rothstock offen als „jungen Idealisten", als „Vollstrecker eines Volksurteils". Die Parteizeitung der „Alldeutschen Partei Österreichs" sieht den Mord gar als „Akt der Notwehr" gegen einen „jüdischen Unratfabrikanten". Rothstock habe „aus Liebe zu seinen Altersgenossen" gehandelt und verdiene „das Ehrenzeichen der Republik". Doch nicht nur die NSDAP-nahe Presse steht dem Mord an Bettauer positiv gegenüber: So feiert etwa die christlichsoziale Tageszeitung „Die Reichspost" den Mordanschlag als „Befreiungstat" und vermutet, der Mörder sei eher der Sozialdemokratie nahegestanden als den Nazis. Auch die liberale „Neue Freie Presse" zeigt Verständnis für die Motive des Täters, wenngleich die Tat „selbstverständlich" verurteilt wird.

Stein der Erinnerung für Hugo Bettauer vor den ehemaligen Redaktionsräumen Lange Gasse 5-7

Anfang Oktober 1925 kommt es zum Mordprozess gegen Otto Rothstock. Die Verteidigung übernimmt der ehemalige Chef der österreichischen Nationalsozialisten Walter Riehl – selbstverständlich unentgeltlich. Riehl, der sich als erfolgreicher Verteidiger rechtsextremer Gewalttäter einen entsprechenden „Ruhm" erarbeitet hat, weiß, dass es in einem solchen Prozess nicht zuletzt auf die öffentliche Meinung ankommt. Seine Verteidigung verfolgt zwei Linien: Erstens will er die Stoßrichtung des Prozesses in eine nachträgliche Anklage gegen Bettauer umkehren, indem er zahlreiche Beispiele für die „außerordentlich verderblichen Folgen der Bettauerschen Literatur" sammelt. Zwei-

tens versucht er Rothstock als geistig Verwirrten darzustellen, der zum Tatzeitpunkt nicht zurechnungsfähig gewesen sei. Angesichts der Aussagen Rothstocks direkt nach der Tat eine scheinbar aussichtslose Verteidigungsstrategie, doch sie geht auf: Rothstock wird von den Geschworenen zwar des Mordes schuldig befunden, gleichzeitig wird ihm jedoch konstatiert, zum Zeitpunkt der Tat nicht zurechnungsfähig gewesen zu sein. Rothstock wird in die Heilanstalt Steinhof überstellt, die er im Mai 1927 als freier Mann verlassen kann.

Hugo Bettauer wäre wegen seiner aufklärerisch-erotischen Schriften sicher nicht auf diese Weise angefeindet worden, wäre er nicht jüdischer Abstammung gewesen. Eigentlich ist Hugo Bettauer seit seiner Konvertierung zum Protestantismus kein Jude mehr. Doch der Antisemitismus des 20. Jahrhunderts fußt längst nicht mehr in der Religion, wie es der traditionelle, christliche Antijudaismus tat. Der moderne Antisemitismus beruft sich auf „wissenschaftliche Erkenntnisse“ über die Ungleichheit und Ungleichwertigkeit der menschlichen Rassen. Ende des 19. Jahrhunderts erscheinen zahlreiche Schriften, welche die „Rassenfrage“ zur Grundfrage historischer Entwicklungen erklären und den Juden und Jüdinnen vorwerfen, die „arische“ Rasse „zersetzen“ zu wollen. Im deutschen Sprachraum vermischt sich dieser „wissenschaftliche“ Antisemitismus mit einer deutschnational-idealistischen, von nordischen Mythen und alldeutscher Romantik geprägten Ideologie. Auf dieser Basis wird der Antisemitismus um 1900 zu einem wesentlichen Bestandteil politischer Agitation vor allem in Deutschland und Österreich.

Original erschienen in: Tina Walzer, Irmtraut Karlsson, Manfred Kerry (Hg.). 2008. Lebte in der Josefstadt. Milena Verlag

7

Synagoge – Neudeggergasse 12

Vermutlich um 1870 entstand in der Josefstadt ein Minjan-Verein (Betverein), der nachweislich ab 1871 in dem Eckhaus Florianigasse 41/Fuhrmannsgasse 21, ein Gassenlokal, das als jüdisches Bethaus diente, mietete. Sehr bald wurde dieses Bethaus mit seinem Fassungsvermögen von ungefähr 180 Personen für die ständig wachsende jüdische Bevölkerung der Josefstadt zu klein. Daher entstand der Wunsch nach der Errichtung einer eigenen Synagoge und zu diesem Zweck entstand aus dem Minjan-Verein, der im Dezember 1884 von der jüdischen Kultusgemeinde genehmigte *Israelitische Tempelbauverein des VIII. Bezirks der Stadt Wien*. Der hauptsächliche Vereinszweck war es, die finanziellen Mittel aufzubringen, die den Bau einer Synagoge ermöglichen sollten. Wie alle jüdischen Organisationen befand sich auch der Tempelbauverein der Josefstadt in einer finanziell prekären Situation. So dauerte es zehn Jahre, bis dieser, auch dank einer großzügigen Spende von Moritz von Königswarter und mit Unterstützung der *Israelitischen Kultusgemeinde Wien*, genug Geld dafür gesammelt hatte. Im Dezember 1895 konnte endlich das Haus in der Neudeggergasse 12 angekauft werden, um an dessen Stelle das langersehnte Gotteshaus zu erbauen.

Der bekannte Architekt Max Fleischer (1841-1905) wurde mit der Planung der Synagoge beauftragt. Vor jenem für die Neudeggergasse hatte er bereits 1883/84 den Bauauftrag für die Synagoge in der der Schmalzhofgasse 39 (6. Bezirk, Mariahilf) und 1888/89 den für die Müllnergasse 21 (9. Bezirk, Alsergrund) erhalten. Im Jahr 1903 wird er auch den Betpavillion im *Wiener Allgemeinen Krankenhaus*, ebenfalls im 9. Bezirk, errichten. Die von Max Fleischer erstellten Pläne für den Bau der Synagoge in der Josefstadt wurden im Frühjahr 1897 beim Wiener Magistrat zur Erteilung einer Baubewilligung eingereicht. Bis zur Errichtung der Synagoge in der Neudeggergasse sollte es aber noch sechs Jahre dauern. Unter der Herrschaft des seit 16. April 1896 amtierenden Bürgermeisters von Wien, Karl Lueger, hatte sich die antisemitische Stimmung weiter verschärft und es war klar, dass der Bau einer Synagoge in dem dicht verbauten Teil der Josefstadt auf Schwierigkeiten stoßen würde.

Die Leidensgeschichte eines Tempelbaues

Unter diesem Titel berichteten jüdische Zeitungen im Jahr 1900 über die behördlichen Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Bau der Synagoge in der Neudeggergasse 12. Nachdem der Tempelbauverein der Josefstadt im Frühjahr 1897 die Baupläne eingereicht hatte, fand ein erster Lokalaugenschein statt und offenbar stand dem Bau der Synagoge seitens der Baubehörde nichts im Wege. In antisemitischer Manier machte der Bezirksvorsteher jedoch geltend, dass für die wenigen Juden der Josefstadt so ein monumentales Gotteshaus nicht notwendig sei. Im Juni 1897 verweigerte der Stadtrat mit der vorge-

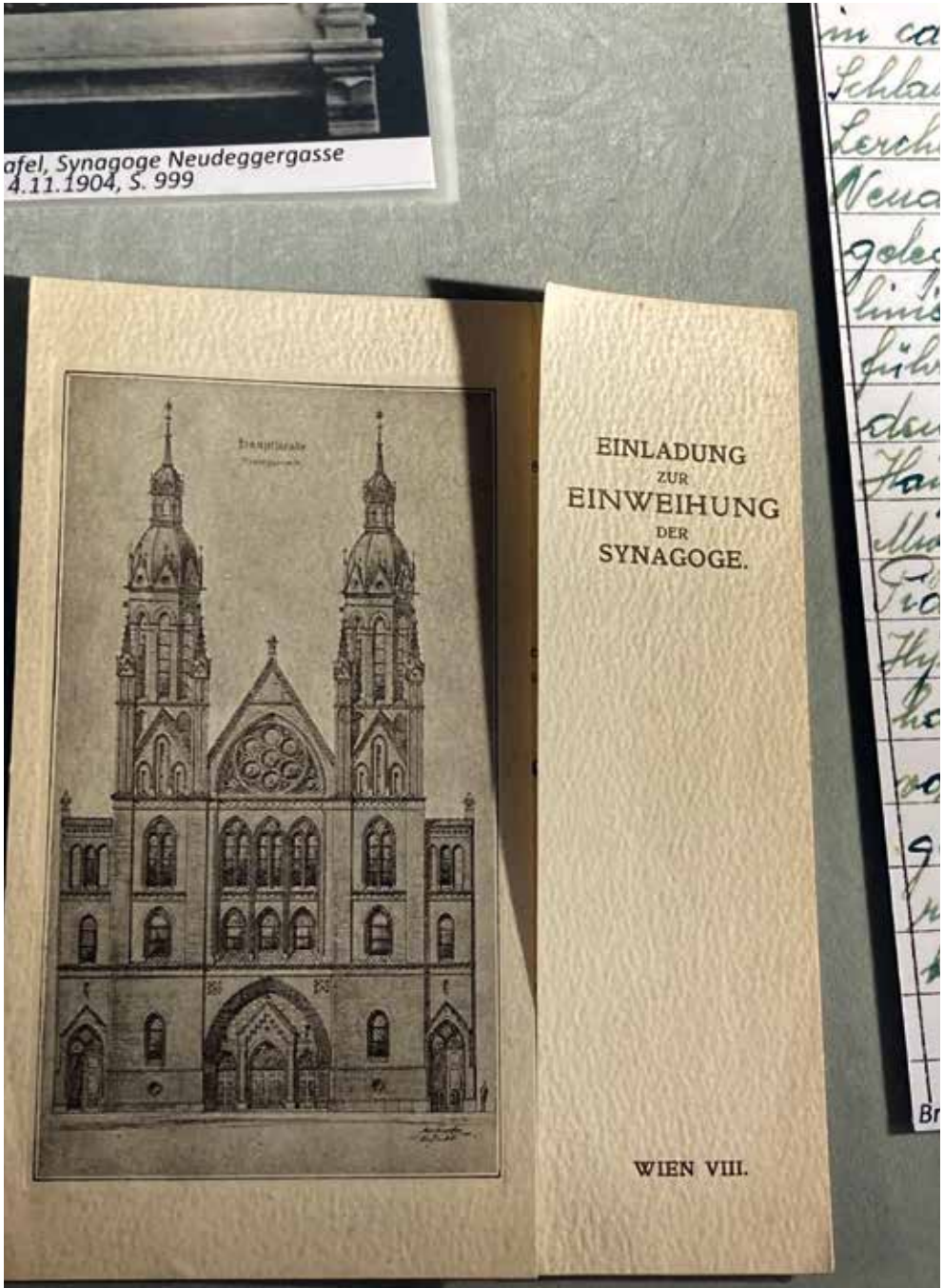
schobenen Begründung, dass dadurch der öffentliche Verkehr zu sehr behindert werde, die Baubewilligung. Einem Einspruch seitens des Tempelbauvereins bei der Wiener Baudeputation wurde zwar stattgegeben, aber die Gemeinde Wien und Anrainer_innen beriefen im Innenministerium dagegen, das die Genehmigung wieder aufhob. Es folgte ein langwieriger Rechtsstreit, der bis zum Verwaltungsgerichtshof ging.

Die Gegner_innen führten immer wieder neue Argumente ins Treffen, wobei insbesondere die seit dem Ringtheaterbrand im Jahr 1881 strengeren Bauvorschriften bemüht wurden und über Brand- und Explosionsgefahren und schwierige Löscharbeiten schwadroniert wurde. In einem endgültigen Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes wurde schlussendlich festgestellt, dass die gesetzlichen Bestimmungen für den Theaterbau aus dem Jahr 1883 auf religiöse Bauten nicht anzuwenden seien. Mit Erlass des Innenministeriums vom 12. Juni 1902 wurde endlich die Baubewilligung für die Synagoge erteilt. Gleichzeitig wurden seitens der Baubehörde aber Bedingungen gestellt, unter anderem, dass die Maximalzahl der Tempelbesucher_innen auf 580 Personen begrenzt und die Anzahl der Ausgänge erhöht werden sollte. Nachdem der Rechtsstreit endlich beigelegt war, wurde die Synagoge in nicht ganz sechs Monaten fertiggestellt und im September 1903 feierlich eingeweiht.

Die Einweihung der Synagoge

Seit der Gründung des *Israelitischen Tempelbauvereines des VIII. Bezirks der Stadt Wien* im Dezember 1884 bis zur feierlichen Einweihung der neuerbauten Synagoge am 15. September 1903 vergingen nahezu 20 Jahre – um so überschwänglicher war die Freude darüber. Die Beschreibung der Synagoge in *Dr. Bloch's Österreichische Wochenschrift* vermittelt ein Bild, wie die Synagoge in der Neudeggergasse ausgesehen haben mag.

> „Dienstag den 15. September d. J. fand die feierliche Einweihung des neuerbauten Tempels im VIII. Bezirke statt. Der Tempel, ein architektonisches Kunstwerk ersten Ranges, von der Meisterhand Max Fleischer's, ist ein Backsteinrohbau in den ernsten Formen italienischer Frühgotik. In der Fassade kündigt sich schon die Innendisposition an: der breite, bedeutsam zum Giebel sich erhebende Mittelbau, der dem Hauptschiffe entspricht, die in ragende Türme mit überhöhten Kuppeln endigenden Seitenteile, die sich den beiden Seitenschiffen anpassen. Die Gliederung des mächtigen Spitzbogenfensters über dem dreiteiligen Portal mit den schmucklosen Wimpergen entspricht den Stockwerken, welche durch die Galerie und die Orgelempore gebildet werden; im Giebelfelde über dem Fenster sind als Symbol die Gesetzestafeln zu sehen. Die Laternen der Kuppeltürme sind doppelt, die untere mit schlanken Spitzbogenfenstern verglast, die obere offen, was sehr gute dekorative Wirkung macht. Die strenge Einfachheit, welche in der Fassade gewahrt ist, finden wir auch im Innenraume wieder, der seinerzeit durch Polychromie in seiner Wirkung gehoben werden wird. Der hohe Raum macht einen freien und luftigen Eindruck; die Eisensäulen, welche die Galerie tragen, haben in Paaren abwechselnde Form: Auf jede Einzelsäule folgt ein schlankes Zwillingssäulenpaar und auf der Galeriebrüstung setzen wieder Säulen auf, welche die von



Einladung zur Einweihung der Synagoge 1903 (Original im Bezirksmuseum Josefstadt).

Spitzbogenfenstern durchbrochene Aufmauerung des Hochschiffes stützen. Die Decke ist von Travée zu Travée flach eingewölbt, die einzelnen Joche sind durch Spitzbogen geschieden, die ihre Widerlager in der Seitenmauer haben. So ist es vermieden, dass der Raum durch Pfeilerwerk verstellt wird. Das Mittelschiff schließt mit dem erhöhten Altarplatze ab. Das Holzwerk – Sitzbänke, Galeriebrüstungen, die Türen der Bundeslade – ist stilmäßig schlicht ornamentiert. Die Vorhalle und die Seitengänge sind geräumig und mit zahlreichen (15) Ausgängen versehen […] Der Tempel steht auf allen Seiten frei insofern, als der Innenbau von Hofräumen umgeben ist. […] In Allem sieht man eine strenge Ökonomie eingehalten und das Beste und Zweckmäßigste mit den gebotenen Mitteln ausgeführt. Der imposante Bau, ausgeführt vom Baumeister Karl Mayer, ist in der außerordentlich kurzen Zeit vom Februar 1903 bis heute vollendet worden."

Um die Synagoge in der Josefstadt entfaltete sich neben den religiösen Festen und Feiertagen ein reges gesellschaftliches und kulturelles jüdisches Leben. Der Stellenwert der Synagoge für die ganze Wiener jüdische Bevölkerung zeigte sich auch bei den Feierlichkeiten zu ihrem 25-jährigen Bestehen im Oktober 1928. Wie *Die Wahrheit* berichtete, beteiligte sich „die ganze Wiener Judenschaft an dem Jubiläumsfeste […] So kommt es, dass die Tempelfeier ein imponierendes Bekenntnis des Zusammengehörigkeitsgefühls der Wiener Judenschaft darstellte und der festlich geschmückte und beleuchtete Tempel, der an sich ein architektonisches Meisterwerk ist, die erschienenen Festgäste kaum fassen konnte."

Zerstörung und „Arisierung"

Fast genau 10 Jahre später wurde die Synagoge in der Neudeggergasse 12 während des Novemberpogroms 1938 zerstört. Die Synagoge wurde gegen 4 Uhr früh in der Anwesenheit von SA-Männern systematisch geplündert, verwüstet und vermutlich gegen 10 Uhr morgens unter Mitwirkung der 89. SS-Standarte in Brand gesetzt. Das Brand-Tagebuch der Wiener Feuerwehr vermerkte den Beginn des Feuerwehreinsatzes am 10. November 1938 um 11:50: „Großfeuer: Brannte die gesamte Inneneinrichtung sowie Holzkonstruktionen des Tempels mit Ausnahme des Dachstuhles und der beiden Ecktürme". Die tragenden Konstruktionsteile der Synagoge, die von außen betrachtet vollkommen intakt geblieben zu sein schien, waren so schwer beschädigt, dass im Jänner 1939 seitens der Magistratsabteilung die Abtragung der Synagogenruine bewilligt wurde. Im Dezember 1939 war die Synagoge endgültig aus dem Stadtbild verschwunden.

Das Grundstück samt Synagoge war schon vor ihrer Zerstörung durch die Dienststelle *Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände* ohne irgendeine Entschädigung „arisiert" worden. Bereits am 2. Dezember 1938 stand die *Mautner Markhof Brauerei Schwechat AG* für die Übernahme bereit und schrieb an den Stillhaltekommissar: „Die gefertigte Firma ist Eigentümerin der Liegenschaft Wien 8, Neudeggergasse 10, deren rückwärtiger Teil als Garten unserer Restauration ‚Grünes Tor' verwendet wird. Neben der Liegenschaft befindet sich der früher dem Tempelverein gehörige Grund, den wir zur Vergrößerung unseres Restaurationsgartens benötigen würden".

Im Jahre 2019 vom Verein Verlorene Nachbarschaft und der Kulturförderung Josefstadt errichtete Gedenkstele.

Die Mautner Markhof Brauerei Schwechat AG erhielt auch umgehend den Zuschlag und wurde bereits am 31. Dezember 1938 Eigentümerin der Liegenschaft Neudeggergasse 12. Der Abbruch der Synagoge konnte der nunmehrigen Besitzerin gar nicht schnell genug gehen. So beschwerten sich die Firma in einem Schreiben vom 10. März 1939 an den zuständigen Notar, dass, „[…] im Widerspruch zu dieser Vertragsbestimmung […] der Abbruch des Tempelgebäudes derart langsam“ vor sich gehe, „dass heute noch der größte Teil des Tempels nicht abgetragen ist“.

Gerade das Restaurant *Zum Grünen Tor* wurde vor 1938 als temporäres Bethaus genutzt. Jüdische Mitbürger_innen, die sich die teuren Betsitze in der Synagoge nicht leisten konnten, verbrachten die Gottesdienste an den hohen Feiertagen in dem geräumigen Saal der Gaststätte in der Lerchenfelder Straße 14. Nun wurde diese zu einem beliebten Veranstaltungsort für die NSDAP und ihre Verbände.

Im Jahr 1948 wurde aufgrund einer Erkenntnis der Rückstellungskommission beim Landesgericht für Zivilrechtssachen die *Israelitische Kultusgemeinde Wien* als Rechtsnachfolgerin der aufgelösten und nicht mehr wieder begründeten Vereine Eigentümerin der Liegenschaft Neudeggergasse 12. Im Jahr 1953 kam es zum Kaufvertrag zwischen der *Israelitischen Kultusgemeinde Wien* und der Stadt Wien, die auf dem Grundstück in den Jahren 1955/56 eine Wohnhausanlage errichtete.

Gedenken und Erinnern

Wer heute durch die Neudeggergasse geht, kann sich kaum vorstellen, dass in dieser kleinen Gasse 35 Jahre lang eine imposante im gotischen Stil erbaute Synagoge stand, die 338 Männern und 236 Frauen Platz bot.

An die ehemalige Synagoge erinnern jedoch vier Gedenkzeichen.

Am 12. Juni 1988 wurde die erste Gedenktafel zur Erinnerung an die Zerstörung der Synagoge an der Fassade des Gemeindebaus angebracht. Die Tafel trägt auf deutsch und hebräisch die Inschrift:

Hier stand eine um 1903 nach Plänen des Architekten Max Fleischer erbaute Synagoge. Zerstört in der „Reichskristallnacht“ am 10. November 1938.

Am 20. November 2000 wurde eine weitere Tafel enthüllt, die an das Gedenkprojekt *Verlorene Nachbarschaft* erinnert, das sich im Gedenkjahr 1998 mit der ehemaligen Synagoge beschäftigte. Gestiftet wurde die Tafel von drei vertriebenen jüdischen Bewohnerinnen der Bezirke Neubau und Josefstadt: Lucie Benedikt, Anne Kelemen und Lore Segal.Die Inschrift der Tafel lautet:

Gedenkprojekt
Verlorene Nachbarschaft
Die Synagoge in der Neudeggergasse
1. Oktober – 9. November 1998
Als Initiative einer kleinen Gruppe von Nachbarn wurde die in Originalgrösse nachgebildete Fassade der Synagoge zeitweilig wieder errichtet.
Einst vertriebene, jetzt wiedergefundene Nachbarn aus USA, Israel, Argentinien, Wien.

Aus welchen Gründen auch immer verweigerten die Bewohner_innen des auf dem Grundstück der ehemaligen Synagoge errichteten Gemeindebaus jegliches Gespräch mit der Projektleitung. Schlussendlich wurde mit dem Einverständnis der Bewohner_innen der beiden angrenzenden Häusern auf diesen eine zweigeteilte, auf Planen gedruckte Fassade der Synagoge angebracht.

Im Jahr 2019 wurde von der *Kulturförderung Josefstadt* und dem Verein *Verlorene Nachbarschaft* eine Gedenkstele, deren feierliche Enthüllung am 4. Mai 2019 stattfand, errichtet. Vorbild für die Gedenkstele waren jene bei den ehemaligen Synagogen in der Eitelbergergasse (13. Bezirk, Hietzing) und der Siebenbrunnengasse (5. Bezirk, Margareten). Die gläsernen Gedenkstelen schreiben die markanten Gebäude der ehemaligen Synagogen mit einem Foto wieder ins Stadtbild ein.

Die Inschrift am Betonsockel ist in deutscher und englischer Sprache angebracht:

„Die Vereinssynagoge des Tempelvereins des 8. Bezirks in der Neudeggergasse wurde 1903 nach einem Entwurf von Max Fleischer im neugotischen Stil errichtet und 1938 während des Novemberpogroms zerstört.
Zum Gedenken an die Josefstädter Jüdinnen und Juden.
Ein Großteil von ihnen wurde von den Nationalsozialisten deportiert und ermordet.
Errichtet 2019 durch die Kulturförderung Josefstadt und Verlorene Nachbarschaft.“

Nicht zuletzt, erinnert das Projekt „OT“, ein urbanes Gedenkprojekt des *Jüdischen Museums Wien* in Kooperation mit der *Universität für Angewandte Kunst Wien*, an die 1938 zerstörten Synagogen und Bethäuser Wiens. „OT“ steht in der hebräischen Sprache für das deutsche Wort „Symbol“ oder „Zeichen“. Im frühen Judentum hat es aber nicht nur diese Bedeutung, sondern ist auch ein spirituelles Merkmal der Beziehung zwischen Gott und Mensch. Anlässlich des Gedenkens an das Novemberpogrom 1938 gingen am 8. November 2018 die fünf Meter hohen *Sternstelen*, die einen ineinander verflochtenen, leuchtenden Davidstern tragen an 24 von 25 Standorten, so auch in der Neudeggergasse 12, permanent in Betrieb.

Quellen:

- Wiener Bezirksmuseum Josefstadt (Hrsg.). Räume des Glaubens. Das religiöse Leben in der Josefstadt. Buch zur Ausstellung Sakralbauten in der Josefstadt. Bezirksmuseum Josefstadt 11.3.2018-19.12.2018.
- Irmtraut Karlsson, Manfred Kerry, Tina Walzer (Hrsg.). … lebte in der Josefstadt. Steine der Erinnerung 1938-1945. Milena Verlag, 2008.
- Irmtraut Karlsson (Hrsg.). Wege der Erinnerung … in der Josefstadt. Czernin Verlag, 2018.
- Georg Niessner, Peter Schilling. Virtuelle Rekonstruktion dreier Synagogen in Wien von Max Fleischer. Schmalzhofgasse 3, Wien IV, Neudeggergasse 12, Wien VIII, Müllnergasse 21, Wien IX. Masterarbeit, TU Wien, 2004.
- Bob Martens, Herbert Peter. Die zerstörten Synagogen Wiens. Virtuelle Spaziergänge. Mandelbaum Verlag 2009.
- Die Wahrheit – Unabhängige Zeitung für jüdische Interessen. Wien, 28. Dezember 1900.
- Die Wahrheit – Unabhängige Zeitung für jüdische Interessen. Wien, 18. September 1903.
- Die Wahrheit – Jüdische Wochenschrift. Wien, 19. Oktober 1928.
- Dr. Bloch’s Österreichische Wochenschrift. Wien, 18. September 1903.
- Jüdisches Volksblatt. Wien, 28. Dezember 1900.
- Jüdisches Volksblatt. Wien, 15. August 1902.
- https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/

Antisemitismus heute

Antisemitismus – bei diesem Wort denken viele zunächst an den Nationalsozialismus und an die Shoah als den unfassbaren Höhepunkt der Gewalt gegen Jüdinnen und Juden. Doch genauso wenig wie der Antisemitismus mit den Nazis begann, endete er nach 1945.

„Das Gerücht über die Juden“, wie der Philosoph und Soziologe Theodor Adorno den Antisemitismus einmal nannte, verbreitet sich heute auch im Internet rasend schnell – im Moment etwa antisemitische Corona-Verschwörungsmythen.

Das „Gerücht“ über die Jüdinnen und Juden, sie würden die internationale Geschäftswelt beherrschen, halten 39 Prozent der Menschen in Österreich für wahr. Das „Gerücht“, Jüdinnen und Juden seien an ihrer Verfolgung selbst schuld, glauben 20 Prozent. Der Antisemitismus führt auch dazu, dass sich im Jahr 2018 37 Prozent „gegen das Aufwärmen der Tatsache, dass Juden umgekommen sind“ aussprechen. In der Antisemitismusstudie 2020 geben 20% der Befragten an, dass ihrer Meinung nach die Politik in Österreich eindeutig zu viel in Bezug auf Erinnerungskultur (also Denkmäler, Veranstaltungen, Stolpersteine oder Gedenktafeln) mache.

Antisemitismus ist aber nicht nur weiterhin vorhanden, sondern im Steigen begriffen, und zwar in einem erschreckenden Ausmaß. Bei der Antisemitismus-Meldestelle der IKG gingen im Jahr 2020 um 6,4 Prozent mehr Meldungen als im Jahr 2019 ein. Mit 585 Meldungen gab es damit so viele wie nie zuvor. Diese erschreckenden Zahlen dürften für 2021 noch deutlich übertroffen werden. Schon für das erste Halbjahr 2021 wurden 562 antisemitische Vorfälle gemeldet. Damit hat sich die Zahl der gemeldeten Vorfälle gegenüber dem Vergleichszeitraum des letzten Jahres verdoppelt. Erhoben wurden dabei Vorkommnisse in den Kategorien Verletzendes Verhalten, Massenzuschriften, Sachbeschädigung, Bedrohung und Angriff. Letztere, die physischen Angriffe, erhöhten sich von sechs im Jahr 2019 auf elf im Jahr 2020. Für das erste Halbjahr 2021 wurden schon 8 physische Angriffe gemeldet. Damit gibt es bereits in den ersten 6 Monaten von 2021 MEHR gemeldete Angriffe als im ganzen Jahr 2019. Für das erste Halbjahr 2021 wurden 11 Bedrohungen gemeldet. Beim Großteil der Meldungen handelte es sich um verletzendes Verhalten (331 Fälle). Darunter wurden antisemitische Beschimpfungen, Äußerungen, Kommentare und Botschaften zusammengefasst, die von Angesicht zu Angesicht, telefonisch oder schriftlich in E-Mails, Briefen oder in Online-Medien erfolgten. In 58 Fällen lag eine Sachbeschädigung vor, in 154 Fällen handelte es sich um Massenzuschriften (das sind Inhalte, die an mindestens zwei Adressat_innen gerichtet sind oder aber in Blogs, Zeitungen etc. veröffentlicht werden).

Oskar Deutsch, IKG-Präsident: „Es liegt an jedem und jeder Einzelnen, einen antisemitischen Witz im Internet, eine Verschwörungslüge auf einer Demo oder in einer Schulklasse nicht hinzunehmen, sondern dagegen aufzutreten.“

Immer häufiger ist auch die Rede vom „importierten“ Antisemitismus – importiert durch Geflüchtete aus muslimischen Ländern. Dass Antisemitismus auch unter Muslim_innen weit verbreitet ist, ist zwar eine Tatsache, die jedoch gerne politisch instrumentalisiert wird, um den Antisemitismus in der Mehrheitsbevölkerung zu verharmlosen oder gar zu leugnen.

Dass die antisemitische Ideologie auch im Islamismus eine tragende Rolle spielt, zeigte sich nicht zuletzt bei dem islamistischen Attentat am Abend des 2. November 2020. Damals verübte ein bekennender IS-Anhänger einen Terroranschlag in Wien verübte, bei dem er wahllos um sich schoss, vier Menschen tötete und 23 zum Teil schwer verletzte. Dabei ist es sicher kein Zufall, dass der Täter den Desider Friedmann-Platz in der Nähe des Stadttempels in der Seitenstettengasse 4 als Ausgangspunkt seines Amoklaufs wählte.

Wenn allerdings ausschließlich die Rede von „importiertem Antisemitismus“ ist, verzerrt das die Realität, in der laut Antisemitismus-Halbjahresbericht der Israelitischen Kultusgemeinde 12 Prozent der im ersten Halbjahr 2021 verzeichneten antisemitischen Vorfälle auf Täter_innen mit muslimischem Hintergrund zurückzuführen sind. Der weitaus größere Teil der Taten war rechtsextrem motiviert. Antisemitismus ist nicht importiert. Das „Gerücht“ über die Jüdinnen und Juden ist in Österreich schon lange heimisch.

Quellen:

- www.ikg-wien.at/ashj2021/
- www.antisemitismus2018.at/wp-content/uploads/Antisemitismus-in-%C3%96sterreich-2018_Ergebnisanalyse-im-%C3%9Cberblick.pdf
- www.ikg-wien.at/ab2020/
- www.antisemitismus2020.at/
- www.derstandard.at/story/2000121392028/terroranschlag-in-wien-ein-ueberblick

Weiterführende Informationen und Hinweise

JÜDISCHES LEBEN UND VERFOLGUNG IN DER JOSEFSTADT

- Anton Bauer, Gustav Kropatschek. 200 Jahre Theater in der Josefstadt 1788 – 1988. Verlag Anton Schroll & Co, Wien/München, 1988.
- Gerald M. Bauer, Birgit Peter (Hg.). Das Theater in der Josefstadt. Kultur, Politik, Ideologie für Eliten? LIT Verlag, Wien/Berlin, 2010.
- Irmtraut Karlsson, Manfred Kerry, Tina Walzer (Hg.). … lebte in der Josefstadt. Steine der Erinnerung 1938-1945. Milena Verlag, Wien, 2008.
- Irmtraut Karlsson (Hg.). Wege der Erinnerung … in der Josefstadt. Czernin Verlag, Wien, 2018.
- Ernst Lothar. Das Wunder des Überlebens. Erinnerungen. Zsolnay Verlag, Wien 2020 (erstmals erschienen 1961).
- Maria Maiss (Hg.). Ilse Arlt. Pionierin Der Wissenschaftlich Begründeter der Sozialarbeit. Löcker Verlag,Wien, 2013.
- Ursula Müksch. Marianne Saxl-Deutsch. In: Ilse Korotin (Hg.in). biografiA. Lexikon österreichischer Frauen, Band 3 P-Z, Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar, 2016.
- Helmut Peschina, Barbara Denscher. Kein Land des Lächelns. Fritz Löhner Beda 1883-1942. Residenz Verlag, Salzburg/Wien, 2002.
- Günther Schwarberg. Dein ist mein ganzes Herz: Die Geschichte von Fritz Löhner-Beda, der die schönsten Lieder der Welt schrieb, und warum Hitler ihn ermorden liess. Steidl Verlag, Göttingen, 2003.
- Robert Stalla. Theater in der Josefstadt 1788 – 2030. Architektur – Geschichte – Kultur. Hirmer Verlag, München, 2021.
- Ulrike Schmitzer, Matthias Widter. Die Causa

Löhner – Der verzweifelte Kampf einer Frau. Film (A 2011). www.youtube.com/watch?v=0vo8a5Tptns
• Steine der Erinnerung Josefstadt. https://steine08.wien/
• Wiener Bezirksmuseum Josefstadt. Schmidgasse 18, 1080 Wien. Dauerausstellung.
• Wiener Bezirksmuseum Josefstadt (Hg.). Räume des Glaubens. Das religiöse Leben in der Josefstadt. Buch zur Ausstellung Sakralbauten in der Josefstadt.

JÜDISCHES LEBEN UND VERFOLGUNG IN WIEN

• Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Jüdische Schicksale. Berichte von Verfolgten. ÖBV, Wien, 1992.
• Michaela Feurstein-Prasser, Gerhard Milchram: Jüdisches Wien. Mandelbaum Verlag, Wien, 2016.
• Dieter J. Hecht, Eleonore Lappin-Eppel, Michaela Raggam-Blesch: Topographie der Shoa. Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wien. Mandelbaum Verlag, Wien, 2015.
• Oskar Kostelnik: Jüdische Spuren in Wien, Echomedia Buchverlag, Wien, 2018.
• Bob Martens, Herbert Peter: Die zerstörten Synagogen Wiens. Virtuelle Stadtspaziergänge. Mandelbaum Verlag, Wien, 2009.
• Kevin Mitrega (Hg.). Jüdisches Wien. Mandelbaum Verlag, Wien/Berlin 2021.
• Tina Walzer, Stephan Templ: Unser Wien. ‚Arisierungen' auf österreichisch. Aufbau Verlag, 2001.

INSTITUTE/DATENBANKEN/RECHERCHE

• DÖW – Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
www.doew.at
Inhaltliche Schwerpunkte: NS-Verbrechen, NS- und Nachkriegsjustiz, Rechtsextremismus nach 1945, Datenbank der Opfer der Shoah, Widerstand und Verfolgung, Exil, Restitution und Entschädigung nach 1945
• Memento Wien
www.memento.wien/
Online-Tool mit interaktiver Karte zu den Opfern der NS-Diktatur in Wien
• Yad Vashem
www.yadvashem.org
Datenbank (u.a. Opfer der Shoa, Zeitzeug_innenberichte, Gerechte unter den Völkern, Fotoarchiv)
• Leo Baeck Institute – New York | Berlin
www.lbi.org/
Archiv, Bibliothek und Kunstsammlung; Memoiren und Manuskripte von Zeitzeug_innen
• Center for Jewish History
archives.cjh.org/
Bietet zentralen Zugriff auf Archivsammlungen von u.a. Memoiren und Manuskripten von Zeitzeug_innen, Filmen und Fotos
• Austrian Heritage Archive (AHA)
www.austrianheritagearchive.at/de
Versammelt Audio- und Video-Interviews mit österreichisch-jüdischen Emigrantinnen und Emigranten
• Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der Universität Wien 1938
gedenkbuch.univie.ac.at/

INITIATIVEN

• Initiative Aspangbahnhof
Veranstaltet jedes Jahr am 9. November eine Mahnwache und Kundgebung vor dem ehemaligen Aspangbahnhof am Platz der Deportation, 1030 Wien
initiative-aspangbahnhof.org/
• Steine der Erinnerung,
http://steinedererinnerung.net/
• Steine des Gedenkens für die Opfer der Shoah,
http://www.steinedesgedenkens.at/
• Erinnern.at – Nationalsozialismus und Holocaust, http://www.erinnern.at/
• IM-MER Initiative Malvine - Maly Trestinec erinnern, www.waltraud-barton.at/

www.gedenkrundgang.org

Impressum: AK Gedenkrundgang, 1010 Wien